

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährl. 3,30 M., monatl. 1,10 M.,
 wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage, „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Verwaltungs-
 Anstalt für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochentagen
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Feiertagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonnabend, den 15. Dezember 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Aus Italien.

Die moralische Aufrechterhaltung dauert dank der Arbeit der Socialdemokratie an. — De Felice. — Avanti! — Der Einbruch der Mauern des Liber-Quais und der Verdienst der Unternehmer. — Geheimfonds und Herr Saracco. — Die beiden Strömungen: Sonnino-Giolitti. — Die äußerste Linke. — Die Socialisten.

Rom, 9. Dezember.

Es ist ein großer Augenblick, der in unserem Lande ausgemittelt werden muß und man muß anerkennen, daß die einzigen, die sich mit Mut und Glück dieser Riesearbeit der moralischen Reinigung widmen, die Socialisten sind.

Die Leser des „Vorwärts“ kennen schon das Resultat des Prozesses Casale, der durch die Anklagen der Socialisten zu Neapel provoziert wurde und mit dem moralischen Tode jenes Ober-Hauptlings der Camorra endete, sie sind über die Ergebnisse des Prozesses wegen der Einordnung des Commendatore Rotarbartolo informiert, sie haben von der neuen Untersuchung, die infolge der Anzeigen, Anklagen und Auslagen der parlamentarischen Socialisten gegen den ehemaligen Abgeordneten Palizzolo eröffnet wurde, gelesen, der in den letzten Tagen in den Affisen als verdächtig erklärt wurde, als Auftraggeber bei zwei Morden fungiert zu haben, sie sind nicht in Unkenntnis über die Anklage, die die neapolitanischen Socialisten gegen zwei Polizeibeamte erhoben haben, welche letztere schuldig sind, einen jungen von ihnen arretierten Menschen zu Tode malkitrici zu haben und die deswegen in kurzem der Prozedur werden unterworfen werden. Das waren drei große Schlachten, die die Socialisten mühsam in der Presse engagierten, und die vor dem Richter schon ihren für die Socialisten triumphreichen Epilog hatten, oder in Bälde haben werden.

Aber noch andre Kämpfe hat die Socialdemokratie an andren Punkten hesperiens eröffnet. In Verona wurde eines Tags die zerstückelte Leiche einer leichtlebigen Frauensperson, die die Geliebte eines aktiven Offiziers war, in der Fisch gefunden. Der Offizier wurde sofort unter Anklage verhaftet und verhaftet, aber auf Befehl der Militärbehörden, die einerseits, um die Ehre des Offiziercorps zu wahren, andererseits aus Corpsgeist den Offizier salviert sehen wollten, wurde derselbe noch vor dem Urteil befreit und feierte unter Kameraden und Damen Triumphe. Die Veroneser Socialisten haben nun einen wahren Polizeidienst organisiert und es ist ihnen geglückt, derartige Daten, Beweise und Zeugnisse gegen jenen Offizier zusammenzutragen, daß man gezwungen ist, die Prozedur zu eröffnen, und daß es notwendigweise in den Mythen dieses traurigen Dramas Licht werden muß. Das wird vielleicht die erste große Schlacht sein, die in Italien gegen den Militarismus zu liefern möglich sein wird, und gegen das Heer, das als unüberwindbare Staatsgewalt angesehen wird.

Ferner, während in Mailand der Prozeß Rotarbartolo verhandelt wurde, der dann abgebrochen wurde, um eine neue Untersuchung gegen den Hauptverdächtigen Palizzolo zu eröffnen, enthielt und kommentierte der Abgeordnete De Felice im „Avanti“ alle die Gewaltthaten, Kränkungen, Beschimpfungen und Verstümmelungen, die die *Raffia* in Sicilien zur Zeit der Wahlen zu Gunsten der Regierungsparteien ausübte, während der Senator Codronchi als königlicher Civil-Gouverneur die Geschicke jener Insel leitete. Und De Felice erklärte klar und deutlich, daß dieser selbe Codronchi für alle diese Schweinereien verantwortlich sei, der sich der *Raffia* bediente, um dem Regierungskandidaten zum Siege zu verhelfen.

Codronchi erhob die Klage und seit einer Reihe von Tagen prozessiert man vor dem Tribunal in Rom gegen De Felice und den Chefredacteur des „Avanti“, eine Prozedur, die allem Anschein nach so bald noch nicht beendet sein wird.

Aus den unter Eid abgegebenen Zeugenaussagen will ich einige Episoden anführen.

Während der Wahlen zu Giarre 1897 am Morgen der Wahl organisierte der Delegat De Perio an der Spitze von circa 100 mit Messern, Stöcken und Revolvern bewaffneten Personen einen wahren Streifzug, indem er alle antimilitarischen Wähler im gesamten Wahlkreis bedrohte und einschüchterte. Er besetzte die Wahllokale und die Plätze einiger Vorstädte mit einigen von seinem Gefolge und hielt dann seinen triumphierenden Einzug in Giarre, wo er sich im Wahllokal festsetzte, in dem in der Gegenwart von Soldaten und Gendarmen — die es bezeugten — die Parteigänger des ministeriellen Kandidaten betrügerisch ihre Stimmzettel in die Urnen warfen. Ein gewisser Panebianco, wegen Raubs zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, hatte eine zahlreiche wahlberechtigte Familie. Man versprach nun von Seiten der Regierung dem Herrn Panebianco die eisernen Gardinen zu eripieren, wenn seine Verwandten zu Gunsten des ministeriellen Kandidaten ihre Stimme abgeben würden. Zwei Brüder Barbogallo, gegen die ein Stetsbrief erlassen worden war und die sich deshalb verborgen hielten, erschienen plötzlich am Morgen der Wahl in Giarre, um zu stimmen und um auf die Wähler durch Gewalt einzuwirken. Der Polizeidelegat hatte den Befehl in der Tasche, aber dem Stations-Kommandanten der Carabinieri, der ihn fragte, warum die beiden Individuen nicht verhaftet würden, antwortete er, daß man das nicht thun brauche, da die beiden Brüder während der Wahlen in seinen Diensten und unter seinem Schutze ständen. Bei andren administrativen Wahlen wurde ein Teil der Gelder, die für Wahlausgaben bestimmt waren, um zu Gunsten der Regierungsliste, auf der sich auch der intellektuelle Mörder Palizzolo, Hauptling der *Lokal-Raffia*, befand, Stimmung zu machen, von Codronchi selbst verteilt, andernteils aber wurde der Stimmenlauf von Polizei-Agenten vorgenommen.

So könnte ich noch in lieblicher Folge lieblichere Thatfachen aufzählen und dabei sind wir noch nicht mal bis zur Hälfte des Prozesses gediehen.

Und liberal ist eine wahre Hochflut von Korruption, die alle socialen Organe unserer geliebten Bourgeoisie verpestet, und ehe es geschehen wird, diese Infektion zu desinfizieren, wird noch mancher Tropfen Wasser den Liber herunterstiechen.

Dafür ein weiterer Beweis anderer Art: Die kolossalste und nächstgrößte Unternehmung, die die Regierung im dritten Rom zu Stande gebracht hat, ist die Einschließung des Liber zwischen zwei gewaltigen und feste Mauermauern aus Travertin, welche die Ueberschwemmungen abhalten, die vorher beständig die tiefgelegenen Stadtteile beschädigt hatten. Dieses kolossale Werk wurde auf dem Wege der öffentlichen Ausschreibung an den Mindestfordernden vergeben und hat bis jetzt — und es ist noch nicht einmal gänzlich vollendet — ca. 120 Millionen gekostet.

Kun gut, es hat nur ein etwas größeres Hochwasser als gewöhnlich gebraucht, — und das ist in den letzten Tagen eingetreten, um nicht nur viele Stadtteile unter Wasser zu setzen, weil man nicht für die nötigen Kanalisations- und Drainage-Arbeiten seitens der Stadt Sorge getragen hat, sondern auch jene oben erwähnten Mauern, kaum vor 15 Jahren gebaut, die die Bürgerchaft anstaunte, sind in einer Länge von verschiedenen Hunderten von Metern ins Wasser gestürzt. Jetzt sind neue Millionen erforderlich, um die eingestürzten Quais wieder aufzubauen und deren frühere Erbauer, die sie vom Staate durch Ausschreibung zur Konstruktion vergeben erhalten hatten, genießen in selbigem Frieden die gestohlenen Millionen, da inzwischen auch die gefehligen zehn Jahre, während deren diese ehrlichen Banleute gerichtlich hätten verfolgt werden können, verstrichen sind.

Und die Regierung, und das Parlament, oder richtiger gesagt, die Majorität im Parlament? Sie sind nicht besser als die, die sie vertreten.

Gerade in den letzten Tagen hat ein Journalist publiciert, den Ministerpräsidenten Saracco vorlag zu haben, weil dieser einen monatlichen Zuschuß von 2000 Lire suspendiert hat, ein Subsidium, das der Herr Ministerpräsident dem Journalisten zugesichert hatte, damit dieser in seinem Journal nicht die geliebten Freunde Allerhöchster Exzellenz angreife. Saracco, diesbezüglich in der Kammer interpelliert, erklärte mit edlem Freimuth, die *Geheimfonds* heißen gerade deshalb *Geheimfonds*, weil der Minister nicht verpflichtet ist, über ihre Verwendung der Kammer Rechenschaft zu geben.

Diese reizende Rechtfertigung ist das würdige Gegenstück zu der *Cueres* Bällov bezüglich des Plagens der 12000 Mark-Möhre und ein deutlicher Beweis dafür, daß Alter nicht — — schützt davor, in mancher Beziehung trotz — wie Fädel behauptet — seiner Gehirn-Rückbildung, dennoch ein gelehriger Schüler zu sein.

Ein guter Teil der Presse schweigt sich über diesen Skandal gründlich aus, denn zahlreich wird die Zahl der Journalisten, die nicht aus den verschiedenen ministeriellen Krippen fressen, gerade nicht sein.

Und weiter! In Neapel ist der Posten, den der Camorristi Casale vacant lassen mußte, neu zu besetzen; die Regierung präsentiert und unterstützt nun einen Kandidaten, der nichts anderes ist, als der Kandidat der camorristischen Schweinebande, die immer noch nach wie vor lebendig ist und von einem Teil der öffentlichen Meinung begünstigt wird. Die neapolitanische Presse thut ihr möglichstes, um die öffentliche Aufmerksamkeit von diesen Scandalen abzulenken, und dabei kommt ihr die Ausrufung „niedrige Italien“ sehr gelegen, die der socialistische Abgeordnete Pecceiti ergründet und angefeuert von all dem stinkenden Urat gethan hat. Natürlich brandmarken die biederen Pfefferjagd-Journale den Pecceiti als Antipatrioten, was in das „geliebte Deutsch“ übertragen so viel bedeutet wie „Reichsfeind“.

Die Kammer scheint sich in einen toten, stagnierenden Sumpf verwandelt zu haben und die ganze Aktivität der Bourgeois-Politikler beschränkt sich auf Korridor-Intriguen. Die Regierung Saracco hält sich immer noch auf den altersschwach torkelnden Weinen und zwar aus dem einfachen Grunde, weil keiner seiner zahlreichen Feinde dasfelbe anzutasten wagt, einerseits aus mangelndem Strafgefühl, andererseits aus Furcht, anstatt Saracco irgend einen Freund-nachbarn zu treffen.

Aber unter all den Fraktionen und Fraktionären, welche unsere Kammer zerteilen, zeichnen sich jetzt 2 Hauptströmungen immer deutlicher ab; an der Spitze der einen steht Giolitti, der andren Sonnino. Die erstere kann man als wenigstens formell respektvoll gegen die konstitutionellen Freiheiten und als demokratisch in der Steuerreform bezeichnen; die zweite bedeutet mehr oder weniger maskierte Reaktion, Konservierung des politischen und Steuer-Status quo und als Kandidat mehr oder weniger aufrichtige sociale Reform-Abichten in aristokratischem Sinne. In diese letztere Strömung erglänzt sich der Großgrundbesitz, das Großkapital, die Bankwirtschaft und alle Parasitenlasten, das Weitz der ersteren ist die liberale Bourgeoisie, der Kleinbesitz und Kleinhandel. Diesen beiden gegenüber steht fest geschlossen die äußerste Linke mit einem Programm der Freiheit von Steuerreformen und Verminderung der Militärausgaben, und sie kann sich mit Recht als Schiedsrichter in der Zukunft der beiden oben erwähnten Tendenzen bezeichnen. Und thatsächlich ist ein aus Ruder kommenden Sonnino oder einer reaktionären Regierung in seinem Sinne ein Ding der Unmöglichkeit, so lange die jetzige äußerste Linke und das jetzige System der Stimmenabgabe besteht. Um lebensfähig zu werden, mußte er die Stimmenabgabe beschränken, was soviel heißt, als den Zustand im Lande provogieren.

Giolitti seinerseits ist ohne die Unterstützung der äußersten Linken unmöglich und das heißt so viel, als eine tiefgreifende Steuerreform, Reduktion der Ausgaben für das Heer und Wahlen auf dieser Grundlage.

Unterdessen, wie schon gesagt, wurfelt die Regierung Saracco weiter, die sich hält, weil sie zu viel Feinde hat, die sich untereinander wieder nicht grün sind. Diese Regierung hat ein finanzielles Programm angekündigt, das ein wahrer gubernativer Nihilismus ist: Man kann nicht zu einer durchgreifenden Steuerreform schreiten, weil das zu einer Unordnung in den Staatseinkünften führen könnte, und man kann auch keine Amputation an den Ausgaben für militärische Zwecke vornehmen, weil das eine Pflichtvergessenheit wäre. Da nun neue 50 Millionen erforderlich sind, von denen 32 für die Marine, so wird man zu neuen fiskalischen Härten schreiten, welche die Werttitel auf Inhaber im Inlande treffen werden. Und diesen wunderbaren Schlußdruck bringt man in dem Moment, wo die Abschaffung des Getreidezolls gebieterisch gefordert wird, um den schwindelnd hohen Brotpreis herabzusetzen und so den Ausbruch der drohenden gewöhnlichen Hungerrevolten zu vermeiden. (Der Brotpreis ist in Italien bei der ungeheueren Pauperität der überwiegenden Mehrzahl der Einwohner ein so immenses, wie man sich in Deutschland kaum einen Begriff machen kann, in natürlicher Konsequenz dieses kolossalen Brotkonsums ist Willigkeit des Getreides das vitalste Interesse für Italien und wichtiger wie für alle andren Länder.)

Enrico Ferri hat in einer seiner meisterhaften Reden in der Kammer das Generalprogramm der Regierung diskutiert und dabei das politische Problem Italiens klar definiert: „Italien leidet hauptsächlich durch das Hin- und Herchwanken zwischen Expansions- und Sammlungspolitik. Von der einen hat es unfruchtbare Velleitäten, von der andren nie eingelöste Versprechungen. Man muß nun endlich einmal zu einem festen Entschluß kommen und resolut feststellen, daß bevor man zu einer Expansionspolitik schreiten kann, man eine Präparationspolitik treiben muß. Das war die Handlungsweise der großen Nationen, die wir heute an der Spitze der Civilisation und des Fortschritts marschieren sehen.“

Die Sammlungspolitik muß von einer langen Reihe tiefgreifender Reformen begleitet sein, für deren Ausführung viele Millionen nötig sind, die durch die Zinsen der Staatsschuld und durch die Ausgaben für militärische Zwecke zu decken wären.

Hingegen dauert die schwankende Politik an, und die Regierung hat, um sich die Verantwortlichkeit für neue fiskalische Lasten vom Halke zu schaffen, eine parlamentarische Kommission ernennen lassen, die jene neuen Lasten diskutieren und natürlich annehmen soll. Die äußerste Linke jedoch hat auch nicht den geringsten Teil jener Verantwortlichkeit übernehmen wollen und sich volle Freiheit vorbehalten, im Lande für tiefgreifende Reformen des herrschenden Steuerbestands zu agitieren.

Die socialdemokratische Partei steht immer im Vortrab der 100 Kämpfer der äußersten Linken. Zahlreich und regelmäßig im Besuch der Sitzungen haben die socialistischen Abgeordneten den Erfolg gehabt, eine Tagesordnung durchzubringen, die die Regierung auffordert, die Militärgerichte und den obersten Gerichtshof für die Marine abzuschaffen. Während ein Gesetzentwurf verhandelt wurde, der die in Trastis vereinigten Schiffahrtsgesellschaften verhindern sollte, nach ihrem Belieben die Fahrgebühren für die Auswanderer nach Amerika zu erhöhen, haben die Socialisten dafür gestritten, daß das einzige Heilmittel darin bestünde, daß der Transport von Auswanderern über See vom Staate übernommen werden müßte. Da diese Idee verworfen wurde, so haben sie es wenigstens durchgesetzt, daß in das Gesetz verschiedene Garantien für die Auswanderer aufgenommen wurden.

Während im Lande die Agitation und Propaganda für Abschaffung des Octrois auf Getreide andauert, werden die Socialisten einen lebhaften Kampf für Reformen des Steuerbestands: progressive Einkommensteuer mit Befreiung der geringsten Quoten, Reduktion des Salzpreises und der Ausgaben für Militärszwecke entfesseln.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Dezember.

Der Boerenkrieg

kommt mit neuer Leidenschaft auf, das beweisen die englischen Telegramme, die heute vorliegen. Während der imperator triumphans Lord Roberts sich auf der Heimreise befindet und das mächtige Deutschland aus Furcht vor dem Stürmungskegel Englands, gegen das nach den offiziellen Verlautbarungen im Anfang des Jahres 1900 sich die deutschen Flottenrüstungen richteten, dem Transvaalpräsidenten die Thür vor der Nase zuschlug, rücken die Boeren selbst den englischen Truppen mit allem Nachdruck auf den Leib. Die aus Boerenquellen stammenden Mitteilungen von der Ohnmacht der Engländer und der großen Zahl der noch immer im Kampf stehenden Boerenstreiter müßten dem skeptischen Beobachter vielfach übertrieben erscheinen; allein das, was sich aus den heute an einem Tag vorliegenden englischen Nachrichten entnehmen läßt, läßt nunmehr keinen Zweifel darüber, daß die Annexion der Boerenstaaten erst auf dem Papier vollzogen ist, und daß die Boeren, die sich noch auf dem Kriegspfad befinden, keine gehetzten, zersprengten Haufen sind, sondern zahlreiche und kampfenstlossene Kolonnen, die die Offensive ergreifen.

Stellen wir die heutigen Nachrichten kurz zusammen:
 Lord Ritchener telegraphiert aus Pretoria vom 13. Dezember: General Clements wurde heute bei Rooitgedacht am Magaliesberg von den Kommandos Delareys und Beyers, insgesamt 2500 Mann angegriffen. Der erste Angriff der Boeren wurde abgeschlagen, es gelang den Boeren indessen, den Gipfel

des Magaliesberges zu nehmen, welcher von vier Kompanien Northumberland-Regimenten besetzt ist. Die Boeren beherrschten somit das britische Lager und General Clements zog sich nach Heabport zurück und nahm auf einem Berge mitten im Hütthal Stellung. Der Kampf war sehr heftig, ein Oberst und drei Hauptleute fielen. Verstärkungen sind sofort von Pretoria abgegangen. Die Brigade Broadwoods stand im Norden des Magaliesberges, 7 Meilen westlich von der Position Clements.

Ein andres Telegramm Richters spricht von fünf gefallenen Offizieren; die übrigen Verluste seien noch nicht bekannt. Wenn 5 Offiziere gefallen sind, kann die Zahl der gefallenen Mannschaften und der verwundeten Offiziere und Mannschaften keine geringe sein. In London verbreitete Gerüchte behaupten auch die Gefangennahme von mehreren hundert Mann.

Dieser Kampf spielte sich bei den Magaliesbergen ab, im Herzen Transvaals, einige 75 Kilometer westlich von Pretoria.

Ein neuer Telegramm meldet ferner vom 14. Dezember von Lourenço Marques:

Die Lage in Komatiport ist ernst. Eine 1500 Mann starke Boerenstreitmacht befindet sich in der Nähe und man erwartet einen Sturmangriff auf Komatiport. Die britische Kavallerie ist nach dem Sabie-Fluss abgegangen. Alle Truppen haben Befehl, in Bereitschaft zu sein.

Komatiport befindet sich ganz an der Ostgrenze Transvaals.

Ein weiteres Telegramm des Lord Richters besagt, daß die Boeren die Orte Lichtenburg, Bethlehem, Brede und Bryheid angegriffen haben, ohne indessen Erfolge gehabt zu haben. Vor Lichtenburg wurde der Boeren-General Zimmer getötet.

Dieser Kampfschauplatz befindet sich im südöstlichen Zipfel Transvaals, reichlich 300 Kilometer entfernt von den vorher genannten Lokalitäten.

Aber damit nicht genug. Auch aus Mafeking wird über die Boerenoffensive gemeldet, daß eine englische Abteilung, die von den Boeren bei Moddersfontein angegriffen wurde, letzteren große Verluste beibrachte. Lord Methuen sandte eiligst Verstärkungen ab, welche gleichfalls von den Boeren mehrmals angegriffen wurden. Letztere sollen erhebliche Verluste erlitten haben.

Es handelt sich hier höchst wahrscheinlich um eine mit De Wet kooperierende Boerentruppe, die den angegriffenen Engländern vermutlich schwer zu schaffen macht, obgleich nach der famosen Absfassung der englischen Depeschen die Boeren ja als die Unterlegenen erscheinen. Wenn man aber trotz einer schon vorher erlittenen Schlappe ein heraneilendes Hilfskorps anreist, so muß man trotz angeblich erlittener schwerer Verluste noch recht aktionsfähig sein.

Ueber De Wet selbst liegt abermals keine Nachricht vor, er ist abermals entkommen und wird baldigst wieder von sich hören lassen.

Rechnet man nun, daß De Wet 2500 Mann kommandierte, daß bei den Magali-Bergen ebenfalls 2500, bei Komatiport 1500 Boeren kämpften, so macht das schon 6500 Mann. Da die Boeren ferner bei Moddersfontein und Bryburg zum Angriff übergingen, so greift man wohl nicht zu hoch, wenn man annimmt, daß allein aus den erwähnten Orten mindestens 10 000 Boeren an den Aktionen teilnahmen. Angesichts dieser Tatsachen erscheint eine baldige Beendigung des Kriegs ausgeschlossen. Ritcher verlangt denn auch fortwährend neue Verstärkungen. England ist nur leider nicht in der Lage, Verstärkungen zu schicken. Es kräht in der Eile zusammen, was es an Truppen aufstreifen kann, allein viel ist das nicht, wie folgendes Telegramm aus London beweist: „Etwa 800 Mann berittener Infanterie in Aldershof haben den Befehl erhalten, sich Anfang Januar nach Südafrika einzuschiffen; von Malta sollen, wie berichtet wird, 400 Mann berittener Infanterie sich Mitte Januar einschiffen.“

Wenn es aber den Boeren gelangt, den Guerillakrieg gleich den Philippinos nach ins Unabsehbare hinauszuziehen — und diese Möglichkeit scheint tatsächlich zu bestehen, so könnten selbst die riesigen finanziellen Mittelquellen Englands versiegen und es nötigen, in erste Friedensunterhandlungen einzutreten. Denn auf Jahre hinaus kann England doch nicht 1/4 Million Soldaten in Südafrika unterhalten. Dazu soll der englische Verlust monatlich 3—4000 Mann betragen. Wie wenig den englischen Angaben über die Boerenverluste zu trauen ist, erhellt daraus, daß ihnen zufolge De Wet allein schon 24 000 Pferde und 50 Millionen Patronen verloren haben soll. Wenn die Boeren nicht an sich selbst verzweifeln, ist ihre Sache vielleicht trotz alledem noch nicht verloren! —

Wider den Vrotwucher.

Die agrarische Presse versucht die ihr äußerst unangenehme Darlegung des Herrn Professor Konrad über die Zollfrage, die wir kürzlich besprachen, totzuschweigen. Die „Deutsche Tageszeitung“ leistet sich den Scherz, den Inhalt der Konradschen Ausführungen für nicht diskutierbar zu erklären, weil er keine — neuen — Gesichtspunkte bringe; auf diese Art darf das biedere Blatt die Konradschen Darlegungen seinen Lesern kurzer Hand unterschlagen.

Angesichts dieser Unterschlagungen seitens der agrarischen Presse und der Bedeutungslosigkeit der Konradschen Darlegungen erscheint es wichtig, einige weitere Citate zu den früher mitgeteilten hinzuzufügen:

Ueber die Hauptwirkung der Getreidezölle sagt Professor Konrad:

„Der Schwerpunkt der Wirkung des Getreidezolls liegt aber in der Belastung der Konsumenten. In dem größten Teile von Deutschland ist noch der Roggen das hauptsächlichste Nahrungsmittel, in Frankreich dagegen der Weizen. Der Roggenzoll belastet mithin hier die große Masse der ärmeren Bevölkerung. Die Kaufkraft des Lohnes des einfachen Arbeiters wird dadurch verringert, was namentlich gegenüber dem Auslande auch in der Zeit ins Gewicht fällt, wo ein allgemeiner Preisrückgang den Zoll einigermaßen ausgleicht. Ein neu aufgelegter Zoll wird deshalb gleichbedeutend mit einer entsprechenden Lohnreduktion sein, und die Erfahrung hat gelehrt, daß es einer längeren Zeit und für den Arbeiter günstiger Konjunkturen bedarf, um eine Lohnerhöhung für den Arbeiter zu erwirken und dieses auszugleichen. Nur auf Grund harter Kämpfe und vieler Entbehrungen ist eine solche Ausgleichung zu bewirken.“

Im einzelnen kommt Konrad in dieser Frage auf Grund des bisherigen Vertrags der Zölle auf Getreide, Hülsenfrüchte und Malz in Deutschland schon zu folgendem Resultat:

„Eine Arbeiterfamilie in der Stadt mit 5 Köpfen zahlt hier nach allein an Getreidezöllen durchschnittlich 11—18 M. Nimmt man den Verdienst auf 600 M. an, wovon 600 M. als Existenzminimum anzusehen sind, so zahlt dieselbe hierin allein über 15 Proz. des Einkommens, aber 5 Proz. des freien Einkommens. Da nun außerdem der Arbeiter in Deutschland noch für Petroleum, Kaffee, Schmalz und Fleisch, auf Serringe, Tabak, ganz abgesehen von dem Zoll auf Baumwolle- und Wollenwaren, Zoll zu zahlen hat, so erhöht sich der Zoll auf 6 Mark pro Kopf, und rechnet man die Salz- und Getränkesteuer hinzu, so ergiebt sich ein Uebermaß der Steuerbelastung für die unteren Klassen durch die indirekten Steuern, welche durch den Getreidezoll in ganz bedeutendem Maße gesteigert wird. Sie ist nur erträglich geblieben, glaubt Professor Konrad hinzufügen zu müssen, durch den allgemeinen Preisrückgang und die Steigerung der Löhne.“

Wie es mit dieser „Erträglichkeit“ und ihren „Gründen“ in Wahrheit bestellt ist, wird dem Herrn Professor jede Arbeiterfamilie nur allzu deutlich sagen können! Uebrigens muß aber Konrad selbst an derselben Stelle fortfahren:

„Die Belastung ist aber damit natürlich nicht vollständig berechnet, denn der Konsument zahlt nicht nur den Zoll, sondern, wie wir sahen, außerdem einen höheren Preis an den produzierenden Landwirt, dem Zolle annähernd entsprechend und gemäß seines Konsums. Man rechnet im Durchschnitt für den Haushalt 10 Doppelcentner Brotgetreide. Berechnen wir pro Centner nur 3 M., statt 3 1/2, so würden immerhin 30 M. pro Haushaltung und, natürlich im ganzen infolge der Abgabe, infolge des Getreidezolls entrichtet werden; bei einer größeren Kinderzahl würde sich dieser Betrag, namentlich in den Städten noch nicht unbedeutend erhöhen. Wie viel für andre Agrarzölle hinzuzurechnen ist, besonders für Schmalz, Speck etc., entzieht sich der Bestimmung.“

Wir geben der „D. Tagesztg.“ gern zu, wesentlich „neue“ Gesichtspunkte sind dies in der That nicht, aber dafür sind sie und bleiben sie wahr und merkwürdig im Kampfe gegen die Vrotwucherer! —

Deutsches Reich.

Schlimmer als die Socialdemokraten

sind nach dem Zeugnis des Wilow-offiziösen Hamb. Korrespondenten“ die — guten Alldutschen.

In Hamburg hat nämlich eine Kundgebung zu Gunsten der Boeren stattgefunden. Die Versammlung war ziemlich stürmisch, und die Herren äußerten sich teilweise recht derb. Ein Herr Justus Wap wandte sich gegen den Grafen Wilow. Wer, wie er, es wagt, in dieser Frage mit einigen Wörtern vor den Reichstag zu treten, der sei für ihn nicht mehr Reichstangler. (Stürmischer Beifall.)

Herr Jacobson führte aus: Ich habe erfahren, daß das hiesige englische Generalkonsulat sich an ein Privat-Detektivinstitut gewandt hat, um unsere Versammlung zu überwachen. (Stürmischer Beifall. Rufe: „Fenster einwerfen!“) Wäge es denn erfahren, daß das ganze deutsche Volk die englische Politik verdammt. (Stürmischer Beifall.) Reichstangler Graf Wilow hat im Reichstag ein frivolcs Spiel getrieben. Er hat Wipe gerissen über eine Angelegenheit, die die deutsche Volkseele in ihren Tiefen aufregt. Und er ist nicht wahr gewesen. Haben wir denn wirklich den Boeren gegenüber Neutralität geübt? Hat der Kaiser nicht jene Weise nach England gemacht, die das deutsche Volk nicht verstanden hat? . . . Auch die Chinapolitik ist Kabinettpolitik, die man gemacht hat, ohne das Volk, ohne den Reichstag zu fragen. Präsident Krüger kommt, um sich sein Recht zu holen, das ihm aus dem Haager Vertrag zusteht. Die ritterlichen Franzosen haben ihm die Hand gedrückt, aber wir . . . und über alles dies geht Graf Wilow hinweg. Hätte er gesagt, es giebt Gründe, die ich nicht nennen kann, so hätte man das verstanden. Aber er hat es nicht gesagt und deshalb soll er auch nicht sagen, wie sich unabhängig. Die kleine Admign von Holland (stürmischer Beifall) hat es gewagt, dem mächtigen Albion zu trogen, wir aber haben es nicht gewagt“ usw.

Der „Hamburgische Korrespondent“ behandelt diese Versammlung mit der ganzen Niederträchtigkeit, die den Offiziösen ziert, der eine schlechte Sache verteidigen muß. Er schreibt in einem Leitartikel über die „undeutschen“ Versammlung:

„Das möchten wir nun die Herren alles Ernstes fragen: Empfinden Sie es nicht selbst als eine Schmach, wie gestern das persönliche Thun und Lassen unsres Kaisers besprochen, geschmäht und verhöhnt worden ist? Nicht von den Rednern selbst natürlich, dazu ist man ja im allgemeinen zu vorsichtig, aber durch die Reden zusammen mit den Zwischenrufen, mit den provozirten Zwischenrufen? Wir stehen nicht an, zu erklären, daß die Socialdemokratie im ganzen letzten Jahrzehnt keine vaterlandslöser, keine undeutschen Versammlung abgehalten hat als die gestrige, daß sie selbst in der höchsten Erregung über die Oeynhauer Rede u. a. mehr vaterländischen Laits, mehr Selbstachtung bewiesen hat.“

Die gestrige Versammlung hat mit der Büste Bismarcks paradiert. Wir halten das geradezu für eine Blasphemie. Wer auch nur eine blasse Ahnung hat von der Persönlichkeit und der Politik des größten Bismarck, der muß sich sagen, daß er in diese Gesellschaft hineingeweiht hätte mit eiserner Faust, so unerbittlich und so göttlich groß, daß ihr Hören und Sehen vergangen wäre. Die Leute freilich, die sich als die Erbpächter seiner Staatsweisheit gerieren, drücken sich um die Ehrenpflicht, die ihnen aus dieser Sachlage erwächst, herum, weil sie den augenblicklich gegen die Regierung webenden Wind der Volkmeinung für ihre schlaffen Segel auffangen wollen.“

Wenn der Whilster wild wird, gerät er erfahrungsgemäß ins Grenzenlose. So braucht man die Alldutsche Kundgebung nicht allzu ernsthaft aufzunehmen. Gegenüber dieser schmutzigen Demagogik des offiziellen Organs ist man aber fast geneigt, mit den Alldutschen zu sympathisieren, die ja übrigens nur ausgeprochen haben, worüber — abgesehen von der Wilow-Garde — das ganze Volk einig ist. —

Wilow-Kritiken.

Während die liberale Presse den glücklichen Bernhard Wilow wieder ob seiner Krügerreden mit Huldbildungen überschüttet und das Wolffsche Telegraphenbureau ganze Rörbe voll ausländischer Lobesstimmen herantelegraphirt, ist sich die unheimliche öffentliche Meinung einig darüber, daß es dem Kanzler nicht gelungen ist, die Unmöglichkeit der deutschen Politik irgendwie zu rechtfertigen.

Besonders schärfend ist aus der agrarischen Presse, die aber offenbar weniger wegen Krügers Abweisung verstimmt ist als deshalb, weil der Reichstangler mit keinem Worte ein handelspolitisches Bekenntnis abgelegt hat; man schiebt das ideale Interesse vor, um das materielle zu verdecken.

Um von den Stimmen des Auslands, die Wolff nicht übermitteln, eine Probe zu geben, sei mitgeteilt, was der Pariser „Journal“ sagt:

„Frankreich hat Krüger hochrufen gewohnt. Das ist aber auch alles, was es ihm geben wird. Deutschland hält es damit ebenso wie Frankreich. Es sieht dem schrecklichen Krieg mit ver- schränkten Armen zu. Herr Delcassé ist ein Auger und erfahrener

Staatsmann. Ich bin auch einer. Verzeihen Sie, Herr v. Bülow, Sie irren sich. Es besteht ein kleiner Unterschied zwischen dem Kaiser Wilhelm und dem Herrn Präsidenten Loubet, zwischen Jhuen und Herrn Delcassé, zwischen Deutschland und Frankreich. Wir haben Krüger empfangen. Wir haben ihn angejubelt. Wir haben ihn angehört. Unsere Minister, meine Volksvertreter haben ihn besucht und geehrt . . . Er hat gesehen, wie man seine Thränen drückt, er hat ein ganzes Volk eifrig beflissen gesehen, ihm ein Lächeln zu entlocken, indem es die frischen Erinnerungen von Megelein und Nordbrenner seinen Wunden mit Blumen verschleierte. Sein Geldbeutel hat unsere Seelen so entzündet, unsere Herzen so bewegt, daß alle Welt bei uns die Vorhölle hinterlegte und daß wir uns erst darauf besannen, King zu sein, nachdem wir unbedenklich gasfreundlich und gut gewesen waren. Das haben weder Deutschland noch Sie, mein Herr, gethan. Da haben Sie den ganzen Unterschied . . . Können Sie leugnen, daß sich in Europa, in der Welt etwas geändert hätte, wenn Präsident Krüger in Berlin wie in Wien empfangen worden wäre, wenn er die Ehre gehabt hätte, Ihrem Herrscher die Hand zu drücken, wenn er einige Augenblicke mit Jhuen selbst hätte plaudern können? Haben Sie von Ihrem Land eine so schlechte Meinung, daß Sie ihm nicht zutrauen, wie das mirrige Volk halten zu können? . . . Warum haben Sie sich enthalten, warum haben Sie sich gedrückt, warum haben Sie sich verdeckt, wenn es zwischen Deutschland und England kein Bündnis, kein haarstarkes Band giebt, wie Sie sagen? Sie sehen, Herr Reichstangler, es giebt zwischen unsren Ländern einen Unterschied: Wir haben unsre Schuldigkeit gethan, Sie die Ihre nicht.“

Ein Korrespondent des „Temp“, der die Reisen Krügers begleitete, telegraphirt, nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“, aus dem Haag, daß man in der Umgebung Krügers sehr erstaunt ist über die Rede Wilows. Die Erklärung des Reichstanglers, daß er Krüger die nämliche Antwort hätte geben müssen wie Delcassé, könne nur ein Scheingrund sein, denn erstens hätte Krüger wahrscheinlich in Berlin noch andre Dinge zu erzählen gehabt als in Paris und zweitens habe Delcassé, wie man annehmen dürfte, bestimmter geantwortet, als Bülow zu wissen glaube. Delcassé habe besonderes Gewicht darauf gelegt, daß es im Interesse von Transvaal liege, wenn nicht Frankreich die Initiative zu einer Intervention ergreife, sondern eine andre Macht.

Sehr abfällig äußert sich die russische Presse. Der Petersburger „Herold“ schiebt in der Rede nur den Mangel einer wirklichen Auffklärung über die politischen Fragen.

Die „Kowosti“ führen aus, daß die Neutralität Deutschlands durch einen Empfang Krügers nicht verletzt worden wäre. Durch den Krüger gegebenen Rat, er solle nicht nach Berlin kommen und Deutschland sofort verlassen, habe Deutschland aber seine Neutralität gebrochen zu Gunsten Englands. Deutschlands Handlungsweise sei nicht zu rechtfertigen. Die „Russija“ sagt, die geschickte Rede Wilows sei eine von den vielen Reden, die häufig zur Verteidigung dessen gehalten würden, was zu verteidigen unmöglich sei. Die „Ditschewja Wedomosti“ bezeichnen die Rede als ein neues Trauerblatt, das in den Annalen des geeinigten Deutschen Reichs eingetragt sei. Aus der Rede spreche die Furcht vor England. Die Rede Wilows werde das sittliche Prestige Deutschlands nicht heben. Dieses Prestige habe in den Augen der Völker gelitten, die nicht mit ihrem Gefühlen handeln.

Wenn diese Meinungen auch von der politischen Tendenz diktiert sind, so mindert das nicht ihre Schlagkraft. Die russische Presse braucht eben nur die Wahrheit zu sagen. —

Rebelpolitik. Wilow scheint nun auch schon unter die Journalisten gegangen zu sein, oder aber die „Adonische Zeitung“ hat sich so in die Art Wilowschen Denkens hineingelebt, daß sie Bülowes Gedanken sogar in seinem Geiste filiiert. Das Blatt verteidigt die von Wilow proklamirte Politik der Grundlosigkeit mit folgenden Scherzen:

„Wir mögen die Boeren, die um ihre Freiheit ringen, noch jezt mit den besten Wünschen begleiten; aber unser Wunschzettel wäre damit noch lange nicht erschöpft. Wir möchten, daß die Balken und Finnen nicht bedrückt werden, daß unsre Brüder in Oestreich-Ungarn frei atmen könnten; wir wünschen daß die Deutschen in den Vereinigten Staaten ihr Volkstum treu bewahren möchten; wir hätten gern Kolonien, wohin man den Auswandererstrom lenken könnte; wir sähen gern, wenn der Reichstangler Bebel irgendwo in der Welt in einem Duobeg- stant den Socialismus einführt und praktisch erprobt; wir sähen gern, wenn alle unsre Volksgenossen in der weiten Welt konfessionell denselben Gult trügen und wenn die Jesuiten in dem schönen Lande sähen, wo der Pfeffer wächst. Und wenn der Teufel die Chinesen holte, wenn eine wohlgefeigte Weide zum Mond emporführte, wenn wir den Mars mit seinen Kanälen einmal ganz in der Nähe besähen könnten, wenn das Unendliche sichtbar würde und die Engländer und durch einen Spalt der Himmelskugel blicken liehen, so hätten wir nichts dagegen. Die Politik aber befaßt sich mit dem Erreichbaren und Möglichen.“

Das ist genau derselbe Verzicht auf politische Principien und vernünftige Grundzüge, den auch Herr v. Bülow im Reichstag als die höchste staatsmännische Weisheit gepriesen hat. Die Moralphilosophie ist bei dem Reichstangler ebenso schlecht angeschrieben wie die Werbepolitik. Politische Ideale sind ihm Illusionen. Er befaßt sich nur mit dem Erreichbaren und Möglichen. Ob das Erreichbare auch erstrebenswert ist, gilt ihm gleich. Die Wälderseele Weltbeherrschung, der Dirigentstab in dem verkommenen ostasiatischen Ozean erziehen ihm erreichbar, er setze sich dieses imaginären Erfolgs wegen den ärgsten Blamagen aus, nicht eines bestimmten Ziels wegen, sondern weil es sich gerade so machte und weil er einem stärkeren Willen nicht widerstehen mochte. Diese Politik ohne Ziel, ohne Steuer und Kompaß behauptet dann, den höchsten nationalen Interessen zu dienen. Nicht der Zufall, sondern der Ing wahrerwählter Seelen fügte es, daß Wilow gerade die rheinische Wetterfahne zu seiner Hauptoffiziösen erkor. —

Verleumdung ist Centrumssache. Im Centrum empfindet man noch immer sehr unangenehm die Rede unsres Parteigenossen v. Bollmar zum Toleranz-Antrag, auf deren schmeißende Angriffe Herr Pöcher so gut als nichts zu erwidern wußte. Und ganz besonders zuwidert ihm dem Centrum die Festnagelung der üblichen Agitations- läge, daß die Socialdemokratie den Satz „Religion ist Privat- sache“, nicht ernst meine. Mit dieser Lüge hat das Centrum manches ihrer Schäflein vor der Socialdemokratie geschützt und mit Range sieht es ihre Wirkungen entschwinden. So versucht denn auch jezt wieder die „Germania“ die Erklärungen Bollmars in Un- wachselnheit umzufälschen.

Bollmar hatte gesagt, daß, wenn hier und da Verstöße gegen jenen Programmatz vorgekommen seien, so seien dafür lediglich die einzelnen Redner oder Schriftsteller verantwortlich zu machen, nicht aber die gesamte politische Partei, die für eine bestimmte Auf- fassung der Weltanschauungsfrage sich nicht festlegen könne und wolle, sondern dies Gebiet der Ueberzeugung jedes Einzelnen überlasse. Das Centrumorgan sucht nun, dieser ihr unangenehme Darlegung Bollmars mit einigen reichvollen Jesuitereien entgegenzuwirken. Es erklärt:

„Denn wie oft hat nicht das offizielle Centralorgan der Socialdemokratie, der „Vorwärts“, den Programmatz „Religion ist Privat- sache“ durch Angriffe auf die christliche Religion — Juden und Chinesen werden vom „Vorwärts“ nicht verunglimpft — verletzt? Wie oft hat der „Vorwärts“ nicht für den Austritt aus der Kirche Propaganda gemacht?“

Der antisemitische Einschlag stellt sich bei der „Germania“ nicht ein, wenn sie mit allen andren Anissen zu Ende ist. Und sie ist zu Ende. In obigem Satz ist jede Behauptung eine Lüge, eine Be- sochte Lüge. Die „Germania“ mag den „Vorwärts“ sehr eifrig durchblättern, sie wird da keine Beweisstücke finden, in der die christliche Religion verletzt worden wäre; sie wird aber sehr zahlreiche

Stellen finden, in denen die christliche Religion vor ihren Verfallern und heuchlerischen Ausnutzern zu niedrigen Zwecken der Herrsch- und Gewinnlust geschützt wird. Dergleichen ist eine falsche Lüge, daß der „Vorwärts“ für den Austritt aus der Kirche Propaganda gemacht habe. Das ist nicht geschehen; wäre es aber auch geschehen, so sollte das Centrumorgan sich nicht einbilden, den Unterschied zwischen Religion und Kirche hinwegzudecken zu können.

Die „Germania“ will endlich einen Beweis unserer Intoleranz gegen die Religion in der Aufnahme der Zusage aus Disziplinarkreisen in unserer letzten Nummer erwidern. Thatsächlich aber beschäftigen wir dadurch lediglich diejenige Duldsamkeit in religiösen Angelegenheiten, die vornehmlich der Toleranz-Antrag des Centrums für das Reich durchzuführen will. Allerdings unterscheidet sich unsere Toleranz ein wenig von der des Centrums, das nur für seine Religion so lange gleiches Recht fordert, bis es stark genug ist, um andern das gleiche Recht zu verwehren und sie im Namen des alleinseligmachenden Glaubens zu verfechten und ihrer Habe zu berauben.

Zu den Landtags-Wahlwahlen in Württemberg erläßt der Landesauschuss der Volkspartei folgende Erklärung:

„In der Stichwahl muß sich diesmal die Abstimmung der Anhänger der Volkspartei mit Notwendigkeit nach der größeren oder geringeren Zuverlässigkeit der Kandidaten hinsichtlich des von allen versprochenen Eintretens für die verschiedenen Reformen richten.“

Die Erfahrung hat gezeigt, daß neben der Volkspartei der Vertreter der sozialdemokratischen Partei mit einer Entschiedenheit und Wärme für die sämtlichen Reformen eingetreten ist, die leider auf der andern Seite zu vermissen war.

Wir erachten es deshalb, ganz abgesehen davon, wie ungerecht und kurzfristig es wäre, eine angemessene Vertretung der Arbeiterpartei grundsätzlich auszuschließen, für geboten, daß in den Stichwahlen, in denen die Volkspartei die Entscheidung mit abzugeben berufen ist, unsere Parteigenossen entschlossen ihre Stimme für den Sozialdemokraten als den zuverlässigen Anhänger der Reformen abgeben.“

Offentlich folgen die Wähler dieser Parole ihrer Führer. Nach einer als Resultat amtlicher Ermittlung bezeichneten Zusammenstellung der Zahlen von der Hauptwahl haben im ganzen Land von 448 006 Wahlberechtigten 315 690 = 71,26 Proz. ihr Wahlrecht ausgeübt. Bei der Wahl 1895 waren es 399 881 Wahlberechtigte, von denen 295 286 = 73,88 Proz. abstimmten. Die abgegebenen Stimmen verteilten sich auf die Parteien wie folgt:

	1900	1895
„Nationales“ Partei	100 493	65 516
Centrum	77 273	69 926
Volkspartei	77 523	94 705
Sozialdemokratie	58 666	82 280

Genau kann diese Rechnung noch nicht sein, denn das Gesamtergebnis der den einzelnen Parteien zugehörten Stimmen harmonisiert nicht mit der Gesamtzahl der Abstimmenden. So viel steht aber fest, daß die Zunahme der „nationalen“ und der Centrumstimmen nur etwa der gestiegenen Wählerzahl entspricht, wogegen der Anteil der Sozialdemokratie von 10,94 Proz. auf 18,88 Proz. gestiegen ist. Das ist das Hauptmerkmal der diesmaligen Wahl.

Ein Beitrag zum Toleranzantrag. In Melun hat ein französischer Offizier eine geschiedene Frau geheiratet. Die Ehe war standesamtlich legitimiert, entbehrte aber natürlich der kirchlichen Weihe. Infolgedessen mieden die kirchlichen Kameraden den Offizier wie einen Ausfälligen, bis der Kriegsminister dem Skandal ein Ende machte und die päpstlichen Offiziere verbot.

Mit diesem Fall beschäftigt sich heute die „Märkische Volkszeitung“ in höchst erbaulicher Weise. Indem sie frech die Staatsgesetzgebung verhöhnt, bezeichnet sie die Civilehe als Konkubinat und schreibt: „In Melun lebt ein Offizier der Garnison mit einer geschiedenen Person zusammen.“ Mit keiner Silbe deutet das Blatt an, daß dies Zusammenleben ein staatlich beglaubigtes Eheverhältnis ist. Aber für das katholische Blatt ist eben die Civilehe immer noch ein Konkubinat und sie nennt es, die christliche Moral gröblich mit Füßen treten, wenn man eine geschiedene Frau heiratet.

Aber mit dieser Neuherung einer wahren Inquisitions- und Scheiterhaufen-Toleranz begnügt sich das Keimundorgan nicht. Es fährt vielmehr fort:

„Wir haben bekanntlich, wie die Franzosen, die Civilehe, auch eine richtige Kulturkampf-Beschreibung. Nur unter dem starken, moralischen Druck, den der Kaiser Wilhelm I. ausübte, gab letzterer seine Zustimmung zu derselben, sprach aber die Erwartung aus, daß kein Offizier der Armee sich mit der Civilehe begnügen werde. Und diese Erwartung wurde später zu der Androhung, daß ein nur ziviler verbundener Offizier aus dem Heere entfernt würde. Thatsächlich ist es bis heute noch nicht vorgekommen, daß ein Offizier der preussischen — und man kann wohl sagen: der deutschen — Armee sich mit der Civilehe begnügt hätte, obgleich es geschah den einen oder andern gibt, der damit genug gebast hätte. Und es unterliegt auch keinem Zweifel, daß preussische Offiziere mit einem nur zivil verbundene Kameraden keinerlei Verkehr pflegen würden.“

Die französischen Offiziere, welche den moralisch Besten mieden, thäten also nur, was Wilhelm I. von den preussischen Offizieren forderte und was ganz gewiß auch Wilhelm II. von ihnen fordert.“

Wir wissen nicht, ob die „Märkische Volkszeitung“ recht hat, daß jeder deutsche Offizier genötigt werden würde, der sich mit der Civilehe begnügt. Das aber wissen wir, daß kein deutscher Offizier gesellschaftlich unmöglich wird, wenn er ohne bürgerliche und ohne kirchliche Erlaubnis mit Frauen und Mädchen zusammenlebt, wie auch katholische Pöbeler in ähnlichen Verhältnissen durchaus würdige Diener des Herrn bleiben, so lange es nicht gerade zu einem öffentlichen Skandal kommt.

Die „Märkische Volkszeitung“ aber schämt das Konkubinat offenbar höher als die Civilehe, und sie macht sich damit einer beispiellos dreisten Verächtlichmachung von Staatsbehörden schuldig. Das katholische Verlangen nach einer Pfaffenkammer über den Staat tritt hier wieder einmal ganz nackt zu Tage. Die katholische „Toleranz“ erscheint als das, was sie ihrem Wesen nach ist, als fanatische Unzulässigkeit. Wenn der Toleranz-Antrag des Centrums in zweiter Lesung den Reichstag beschäftigt, wird man sich an die Meinung des katholischen Organs des Herrn Dabach über die Civilehe erinnern.

Höfliche Politikk. Die „Köln. Volksz.“ erzählt:

Der Abg. Windthorst hat es sehr unangenehm empfunden, daß er systematisch vom Kaiser ferngehalten wurde, und doch war kaum jemand weniger wie er von dem Streben befeuert, eine höfliche Rolle zu spielen. Von welchem Einfluß die Hofluft auf die Gestaltung auch der innerpolitischen Verhältnisse ist, hatte glücklicherweise Herr Windthorst in aller Schärfe empfunden, wie seine fortgesetzten Petitionen mit der verstorbenen Kaiserin Augusta gezeigt haben. Die weitgehenden Befürchtungen Herrn v. Windthorst, der in der Hitze des Kulturkampfes mit Landesverweisung der parlamentarischen Führer und andern Ungeheuerlichkeiten rechnete, hätten sich vielleicht erfüllt, wenn nicht die Kaiserin ihre gegenwärtigen Anschauungen geltend zu machen verstanden hätte. Bei der Ordensgesetzgebung hat sie ganz bestimmt mächtig eingewirkt, sonst hätten vielleicht auch die krankenpflegenden Genossenschaften den Weg über die Grenze nehmen müssen.

Diese Erinnerungen sind nicht uninteressant. Aus solchen Erfahrungen erklärt es sich, warum das Centrum alle Grundzüge und Bestimmungen preisgibt, um persönlichen Einfluß zu gewinnen.

Nationalliberales Sunnentum.

Die Nationalliberale „Frankische Morgenzeitung“ beschäftigt sich in ihrer Nummer vom 12. Dezember mit der „Frankischen Tagespost“, die die Sunnentaten deutscher Soldaten in China nach Gebühr gewürdigt hatte. Das nationalliberale Organ kommt zu folgendem Schluß:

„Moralisch sind also diese Vertreter der „idealistischen Partei“ keine geringeren Schauläufer als die Chinesen selbst. Sie wären wohl wert, daß man ihnen sämtliche Beine einzeln andrückt und sie dabei höflich fragt: Sie sind doch nicht heilig!“

Wir zweifeln nicht, daß gewisse christliche Ordnungsmänner an ihren Parteigenossen im Vaterlande daselbe Sunnentum zu üben lehzen, daß in China zur Einführung gelangt ist.

Geheimnisse einer konservativen Redaktion. In den konservativen „Tages-Nachrichten“ in Hannover ist ein Redaktionszwist ausgebrochen, in Verfolg dessen der Redacteur Leisner einige vertrauliche Mitteilungen über die Zustände in einer konservativen Redaktion gemacht hat. Für weitere Kreise von Interesse ist von den Ausführungen, die Herr Leisner in einer Versammlung machte, folgendes, das wir nach dem „Hann. Volksz.“ wiedergeben:

„Recht interessant ist sicher auch die Mitteilung des Herrn Leisner, daß kein Geringerer als der Herr Polizeipräsident Graf v. Schwerin es gewesen, der die ersten Schritte gethan hat, um die preussische konservative Partei hier ins Leben zu rufen. Das läßt wirklich sehr, sehr tief blicken! Ueberhaupt drehen sich die Ausführungen des Herrn Leisner, so weit sie Bezug auf die „Tages-Nachrichten“ hatten, fast nur um Handlungen des Polizei- und des Regierungspräsidenten, des Landrats v. Woynameusdorf a. Abg. und des Baron v. Alten-Soltern, des Vorsitzenden des Aufsichtsrats. Letzterer scheint indes mehr eine dekorative Stellung einzunehmen. Eine der interessantesten Mitteilungen des Herrn Leisner war jedenfalls die, daß es bei den „Tages-Nachrichten“ eine Zeit gegeben hat, in welcher ein Redacteur jeden Morgen mit der Kappe unterm Arm zum Regierungsbzw. Polizei-Präsidium habe gehen müssen. In dieser Zeit habe eine absolute Censur à la Russien bestanden, und der Koffisch habe dann manches anders gestaltet, als es die Redaktion hätte haben wollen.“

Somit sind die konservativen Neutren genügt gedrückt, daß sie selbst nichts schreiben, was bei der Behörde irgendwie Anstoß erregen könnte. In Hannover mußte erst der nötige Schluß anezogen werden.

Professor Lipps hat an seine ihm für sein Auftreten in der Münchener Krüger-Versammlung eine Ovation bereitzenden Hörer folgende Worte gerichtet:

„Meine Herren! Ich glaube nicht irre zu gehen, wenn ich dieses heute ungewöhnlich verklärte Geräusch als Dank Ihrerseits für die von mir am Freitag geäußerte Ueberzeugung auffasse, und freue mich über Ihre Anteilnahme an den Ereignissen, die heute die Aufmerksamkeit der ganzen civilisierten Welt auf sich lenken. Meine Herren, die Freiheit der Nationen beruht auf der moralischen Gesundheit aller ihrer Glieder, und diese Gesundheit kann sich nirgends besser zeigen, als in der Verwirklichung der Menschlichkeit! Diese wollen wir uns von niemand in der Welt verbieten lassen. Auf Ihnen, meine Herren, ruht das zukünftige Schicksal der Nation, und ich hege zu Ihnen das Vertrauen, daß Sie meinem Rat folgen und in der freien Ausübung der Menschlichkeit die freieste That des Menschen und eines ganzen Volks erblicken.“

Professor Lipps hat damit zwar einen allzu großen Optimismus bewiesen, allein angesichts der jetzt üblichen leichten Verpottung aller politischen Ideale berührt dieser Optimismus und Idealismus eines tapferen Mannes doppelt sympathisch.

Die Civilehe des Großherzogs von Oldenburg zu erhöhen wird dem dortigen Landtag angenommen. Das erregt aber Opposition bis tief hinein in die „Staatsbehörden“ und monarchischen Kreise. In einer Versammlung in Duttjadingen beschloßen nach dem „Völk. Gemeinnütigen“ 20 der angesehensten Duttjadinger, Angehörige der nationalliberalen, freijünglichen und agrarischen Partei, eine Petition, in der sich einige Stellen finden, die wiedergegeben zu werden verdienen.

In der Einleitung heißt es:

„Der dritten Versammlung des 27. oldenburgischen Landtags ist die Vorlage zugegangen, welche die Erhöhung der Subvention des großherzogl. Hauses um 200 000 M. verlangt. Eine genügende Begründung für diese große Mehrforderung ist von der Regierung nicht gegeben worden. Nach Ansicht der Petenten ist eine Erhöhung der Civilehe nicht erforderlich. Die Hälfte der gesamten vom Oldenburger Staat aufzubringenden Einkommensteuer fließt jetzt bereits in die Kasse des Landesfürsten. 600 000 M. ist wahrlich eine Summe, die ausreichen sollte auch zur Föhrung eines fürstlichen Haushalts. Dazu kommt ein Einkommen aus Haus- und Grundbesitz von 418 000 M., so daß die jährlich dem Großherzog zum Gebrauch zur Verfügung stehende Summe eine Million Mark weit übersteigt. Die Finanzlage unseres Landes war nach Aussage der Regierung in den letzten Finanzperioden bis zum Tode des Großherzogs Nikolaus Friedrich Peter stets eine wenig günstige. Jetzt mit einem Schlage ändert sich das Bild, andre Interessen treten in den Vordergrund, die Minister wechseln und die Finanzlage wechselt mit.“

Ganz gut ist auch folgende Bemerkung:

„Wird die Bewilligung erfolgen, so wird alldann die Regierung das Klagenell über die schlechte Finanzlage und notwendige Sparlosigkeit wieder anzufangen sich verpflichtet halten. Und es wird das eintreten, was für den Kulturfortschritt in unserem Lande das größte Hindernis bedeutet. Kein Geld für Schaffung neuer Verkehrswege, kein Geld für weitere Föhrung der Volksschule, kein Geld für langsame Erhöhung der Gehälter schlecht besoldeter Beamten, kein Geld überhaupt für Zwecke, die wegen ihrer Wichtigkeit im Interesse des ganzen Landes, des gesamten Volks weit eher in Betracht kommen müssen, als eine Erhöhung der Civilehe des Großherzogs von 600 000 M. auf 800 000 M. Man wird den Weg neuer Steuern beschreiten müssen, wo schon jetzt die Staatsabgaben mit den Abgaben der Gemeinden vereint in unserm Lande überaus hohe sind... Die Petenten können keinen Vorteil für das Land darin erblicken, wenn es dem regierenden Fürsten durch Erhöhung der Civilehe ermöglicht wird, auf Kosten der Gesamtheit seine Hofhaltung umfangreicher und kostspieliger zu gestalten. Im Gegenteil ist es unsere Ansicht, daß durch die Erhöhung der Civilehe und durch die Vergrößerung der Einkünfte der Fürsten noch mehr Korruption der Abhängigkeit, der Liebedienererei im Lande geschaffen wird, wodurch die freie, selbständige Meinung, der Grundpfeiler der schaffenden Kraft, immer mehr erlahmt.“

Den Duttjadinger Dittmosen fehlt offenbar die rechte monarchische Gefinnung. Die wahren Monarchisten, wie beispielsweise unser Junker um Gahn und Certeel, optern in bekannter deutscher Treue gern den letzten Heller für das „angestammte Fürstenthum“.

Die v. Strauchsche Steuerreform in Elbsh-Lothringen.

Aus Straßburg wird uns vom 12. d. Mts. geschrieben: Mit der Besteuerung des mobilen Kapitals, dem man bisher ein social-höfliches ungerichtetes Privileg eingeräumt hatte, scheint man in Elbsh-Lothringen nun endlich Ernst machen zu wollen. Die amtliche „Straßburger Korrespondenz“ veröffentlicht soeben den Entwurf eines Gesetzes über die Kapital- sowie die Lohn- und Verdienungssteuer. Dieser ist das Resultat der umfangreichen Ermittlungen, die die Regierung auf Grund eines Beschlusses unseres Landesparlaments von Ende 1897 über die Höhe

der Bezüge aus Kapitalzins, Lohn und Verdienungs an gestellt hat. Der Zweck der damit eingeleiteten durchgreifenden Reform des reichsständischen Steuerrechts ist in erster Linie die gerechtere Verteilung der Staatslasten mittels Aufhebung der ungerechten und veralteten Personal-Mobilitätssteuer und Erhebung der Grundsteuer auf Kosten des beweglichen Kapitals, dessen einzige direkte Heranziehung zu den Lasten des Staats bisher die Erbschaftsteuer darstellte.

Im Gegensatz zu der ursprünglichen Absicht der Regierung, die Kapitalzinsen durchschnittlich mit nur zwei vom Hundert zu besteuern, schlägt der gestern veröffentlichte Entwurf eines Kapitalsteuer-Gesetzes als Regel eine Steuer von drei Proz. des Zinsenertrags vor. Steuerfrei sollen die Erträge aus Kapital und Renten bleiben, sofern sie die Summe von 100 M. jährlich nicht übersteigen; ebenso die Erträge der Gewerbetreibenden aus den in ihrem Gewerbe angelegten und zu dessen Betriebe erforderlichen Kapitalen. Die Steuer wird erhoben nach einem Stufen-Tarif, dessen degressive Stufen den vollen Satz von 3 Proz. erst bei einem Jahresbetrag von 4000 M. zur Anwendung bringt, darunter aber Ermäßigungen bis zu zwei Fünfteln dieses Satzes zuläßt. Die Veranlagung der Kapitalsteuer erfolgt auf Grund einer Erklärung des Pflichtigen auf Pflicht und Gewissen über die für ihn zurechnende Tarifstufe.

Der Lohn- und Verdienungssteuer unterlegen die Bezüge aus einem öffentlichen oder privaten Dienstverhältnis sowie aus wissenschaftlicher, künstlerischer und schriftstellerischer Tätigkeit; sie beträgt im Durchschnitt 1,00 vom Hundert des steuerbaren Betrags.

Der Gesetzesentwurf gewährt dem mobilen Kapital des Landes insofern noch eine kurze Galtigkeit, als die neuen Steuern erst mit dem 1. April 1903 in Kraft treten sollen. Bis dahin werden nahezu 20 Jahre verfließen sein, seit im Landesauschuss für Elbsh-Lothringen zum erstenmal das Verlangen nach einer Reform unseres social-höflich ungerichteten Steuerrechts laut wurde. Was der großkapitalistische Mangel des reichsständischen Rentnerparlaments damals als einen „fredelhaften Angriff auf das Kapital“, eine socialistische Forderung bezeichnete, das wird nun binnen kurzem Gesetz sein.

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Bei den Reichstagswahlen aus der allgemeinen Wählerklasse in Galizien behauptete der Polenklub 9 Mandate, die er bisher besessen hat. Er verlor 3 Mandate und gewann 3. Die Sozialisten verloren das Mandat von Worscjow. In Kralau wurde Genosse Dazynski mit 13 153 von 22 103 abgegebenen Stimmen gegen den Antifemiten gewählt. In Lemberg errang der radikale Socialist Ernst Dreier mit 14 577 von 23 388 abgegebenen Stimmen den Sieg.

Schweiz.

Bern, 12. Dezember. (Eig. Ber.) Die am 3. Dezember hier eröffnete Bundesversammlung wirkt mit ihren Verhandlungen keine großen Wellen im Lande. Im Nationalrat wurde die Thätigkeit mit der Beratung der Vorlage betreffend die elektrischen Anlagen begonnen. Ueber deren Ausdehnung wurde eintendend mitgeteilt, daß 1895 in der Schweiz 121 Einzelanlagen, d. h. solche, die nicht an dritte Kraft abgeben, mit über 100 Lampen oder 10 Pferdekraften bestanden, ferner 1896 Electricitätswerke mit Stromabgabe für Motoren und Beleuchtung 110, für Beleuchtung allein ca. 70. Glühlampen waren angelassen ca. 500 000, Elektromotoren ca. 2400 mit ca. 27 000 Pferdekraften.

Der Nationalrat behandelte ferner die Motion Gobat betreffend die Unterstützung der Volksschule durch den Bund. Freunde derselben sind außer den Radikalen noch die Mitglieder der socialpolitischen Gruppe, während die Liberal-konservativen der Motion reserviert gegenüberstehen und die Ultramontanen dieselbe ablehnen. Die Motion wurde mit 80 gegen 28 Stimmen erheblich erklärt.

Endlich gelangte auch die Haager Friedenskonferenz, die bereits den Ständerat passiert hat, zur Verhandlung. Bundesrat und Ständerat stimmten einer Anzahl der im Haag gefassten Beschlüsse zu, nicht aber der Uebereinkunft, betreffend die Gefesze und Gebürche beim Landkrieg. Darin sind nämlich, wie bekannt, Bestimmungen enthalten, welche für die Schweiz unannehmbar sind, da gegebenenfalls in Augenblicken höchster Gefahr, das ganze Volk wie ein Mann aufstehen und zu den Waffen greifen würde, wobei es unmöglich wäre, die Vorschriften der Konvention zu befolgen und infolgedessen diese Patrioten, wenn sie in die Hände des Feindes fallen sollten, sich den Kriegsgerichten überliefern müßten. Die Zustimmung zu den Beschlüssen des Bundes- und Ständerats erfolgte hierauf einmütig.

Die am 1. Dezember stattgefundene Volkszählung, hat für alle industriellen Kantone und Gemeinden eine zum Teil nicht unerhebliche Bevölkerungszunahme ergeben, während die Landgemeinden und Landkantone vielfach weiteren Rückgang aufzuweisen. So stieg die Bevölkerungszahl der Stadt Zürich von 94 129 im Jahre 1888 auf 150 228, des Kantons Zürich von 357 188 auf 481 868; der Stadt Bern von 47 150 auf 64 863; des Kantons Basel-Stadt von 74 245 auf 112 091 usw. Von 162 Gemeinden des Kantons Zürich erfuhren 103 eine Vermehrung und 86 einen Rückgang der Bevölkerung. Die Zunahme der Einwohnerzahl wird erhebliche Veränderungen in der Zusammensetzung der Behörden zur Folge haben. So wird der Züricher Wahlkreis in Zukunft 9 statt 6 Vertreter in den Nationalrat zu entsenden haben, Birscher und Winterthur je 5 statt 4, Basel 6 statt 4 usw. Den bürgerlichen Parteien wäre das schön und bequemere Gelegenheit gegeben, gegenüber den Sozialdemokraten politische Gerechtigkeit zu üben. Doch darf man sich bei der bekannten Herrschaft und Brutalität der Radikalen keinen Illusionen hingeben. Durch eine neue veränderte Wahlkreisgeometrie werden sie frühzeitig dafür sorgen, daß die Minderheiten wiederum um eine gerechte Vertretung betrogen werden.

Frankreich.

Ueber die Amnestiefrage sprechen die radikalen Blätter ihre Befriedigung aus, daß sie eine Gewährung für das öffentliche Gewissen bilde. Die Amnestievorlage, die an und für sich ein Fehler sei, habe den Republikanern doch wenigstens Gelegenheit gegeben, den General Percier und Genossen an den Pranger zu stellen und zu zeigen, welche lässliche Rolle Melme in der Dreyfus-Sache gespielt habe. — Die nationalistischen Blätter fordern die regierungsfreundlichen Deputierten, welche gegen § 1 der Vorlage gestimmt haben, auf, auch gegen die ganze Vorlage zu stimmen, da die gestrige Debatte gezeigt habe, wie wenig es den Dreyfusisten um Veruhigung und Verfühnung zu thun sei.

Afrika.

Neue „Strafexpedition“ im Kongooskan. Brüssel, 14. Dezember. Kongooskanische Meldungen zufolge ist eine 450 Mann starke Kolonne kongooskanischer Truppen am 12. Oktober unter dem Befehl des Distriktskommandeurs Verdussen nach dem Wogalla-gebiet abgegangen, um die Annabalenstämme zu züchtigen.

Amerika.

Nach der Präsidentschaftswahl. Aus New York wird uns geschrieben: Die Niederlage der demokratischen Partei bei den Bundeswahlen hat, obwohl die republikanische Majorität der Volksstimmen im Verhältnis zur Gesamtzahl keine bedeutende ist (circa 650 000 bei 13 Millionen Wählern) die Frage der Reorganisation einer Partei in Fluß gebracht, und zwar nach zwei Richtungen. Zuerst erschienen in dem Zell der demokratischen Presse, welche das Interesse der demokratischen Großkapitalisten vertritt, darauf bezügliche Artikel, welche es als notwendig erklärten, das „radikale“ Element abzuschütteln und eine Reorganisation unter Führung von Leuten wie Cleveland, Whitney (den Straßburger) Magnaten und Haupt-eigentümer der neuentdeckten mächtigen Eisenerzlager auf Newland) usw. vorzunehmen. Einem der leitenden republikanischen Blätter, der „Record“ in Boston meinte dazu, wenn dieser Plan zu-

Ausführung gelange, so würde dies einen riesigen „landslip“ (Erdrutsch) von dieser Partei auf die Seite der Debs-Partei zur Folge haben, und das demokratische Blatt „News“ in Lynn antwortete darauf, es sei diese Kalkulation die richtigste, die das Blatt je gemacht, denn eine auf solche Weise „reorganisierte“ Partei sei weiter nichts, als eine republikanische Partei „junior“. Die wahre und einzige Hoffnung für die Demokratie sei in der Socialdemokratie, (Die „News“, im übrigen kleinbürgerlichen Kalibers, war bei der stattgehabten Wahl für die letztere Partei eingetreten). Neuerdings kommt eine Reorganisations-Anregung von entgegengelegelter Seite, und zwar im Organ des bekannten Populistenführers Georg Donnelly, „The Representative“, welches einen (zwar nicht von D. selbst, sondern von seinem Assistent-Redacteur Twitshell unterzeichneten) Artikel enthält, in welchem eine Vereinigung der „Bryan-Demokraten“, Populisten und Socialdemokraten empfohlen wird, und zwar unter Abstreifung desjenigen Elements unter den letzteren, welches aus der „Socialist Labor Party“ hervorgegangen. Eins der Organe der „Social Democratic Party“ (d. h. derjenigen Richtung, welche gegen die Vereinigung gestimmt und ihre Organisation, mit dem Vorstand und dem offiziellen Organ „E. D. Herald“ in Chicago, aufrechterhalten hat, auch auf ihrem Wahlzettel nur den Präsidentschaftskandidaten Debs, nicht aber den Vize-Präsidenten Kandidat Harriman führte), die „Wahrheit“ in Milwaukee, hat schon angefangen, jene Idee zu propagieren. — Da aber guten Dinge drei sind, hat ein anderer Populistenführer, Bundesdeputierter Pettigrew, die Bildung einer ganz neuen demokratischen Organisation unter dem Namen „Social Party“ in Vorschlag gebracht.

Es ist also in Aussicht, daß sich in den nächsten Jahren noch manche „Schiebung“ vollziehen wird!

Ubrigens darf man bei Beurteilung der hiesigen Parteiverhältnisse nie aus dem Auge verlieren, daß es sich in den groß- und kleinkapitalistischen Parteien um je zwei Dinge handelt: die Interessen der betreffenden Kapitalistengruppen und diejenigen der „gewerbmäßigen“ Politisanten. Letztere treten zwar im allgemeinen in den Legislaturen und diversen öffentlichen Ämtern für die Interessen dieser Gruppen ein, da sie ja von denselben dafür „geschnürt“ werden; andererseits haben sie aber dafür Sorge zu tragen, daß sie in diese Legislaturen und Ämter gewählt werden, und müssen sich also insoweit die große Masse der Wählerschaft, die nichtbestehende Arbeiterklasse „warm halten“. So lange diese in dem alten, so sehr fest eingewurzelten Vorurteil der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ steht, hat dies freilich keine großen Schwierigkeiten und es genügen die alten Finten, in denen die Politiker durch die lange Übung eine außerordentliche Routine erlangt haben; aber immerhin können sie nicht in der vom Ausbeutertum gewünschten rücksichtslosen Weise vorgehen und müssen unter Umständen sogar gegen dessen Interessen handeln, oder doch „so thun“. (In den Legislaturen wird dies in der Regel so gehandhabt, daß in dem einen Haus von den „Legislaturkomitees“ der gewerkschaftlichen Arbeiter-Organisationen oder sonstige im Interesse der Arbeiter angeregte Gesetzesvorlagen angenommen, in dem andern Haus dagegen gar nicht verhandelt oder abgelehnt werden, und — wenn es sich um wirklich wirksam sein lönnende Gesetze handelt, nur in dem Fall beide Häuser passieren, wenn der Wortlaut derart zurechtgedreht ist, daß man ihre Ungültigkeitserklärung seitens der Gerichte als „unkonstitutionell“ erwarten kann. Wenn man dieser Umstände bei der Lesüre amerikanischer Vorlesungen auf politischem als auch ökonomischem Gebiet stets gewärtig ist, so hat man auch stets den Schlüssel zu denselben.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. Bei den Stadtverordneten- und Schöffenwahlen in Magdeburg, bei denen es sich noch um 2 Mandate handelte, sind unsere Genossen leider unterlegen; die socialdemokratischen Kandidaten erhielten über 800 Stimmen weniger als in der Hauptwahl. Der Vorsprung der Gegner beträgt über 1400 Stimmen.

Aus Sachsen liegen wieder eine Reihe von Kandidaturen vor. Es wurden die von der Partei aufgestellten Kandidaten gewählt in folgenden Orten: Cotta 5, Pöschappel 2 und 3, Erfagmänner, Gröba 2, Reichenbrand 2, Wittgensdorf 2, Oberlungwitz 2, Holzhausen 1 und 1, Erfagmann, Knaut-Kleeberg 4 und 1, Erfagmann, Reudorfel 2, Gablenz 1, Hartau i. E. sämtliche Kandidaten.

Die „Brandenburger Zeitung“ richtet an die älteren Parteigenossen, die in den Zeiten des Socialistengesetzes in Brandenburg thätig waren, die Bitte, ihr zu ihrem bevorstehenden Jubiläum einiges aus ihren Erfahrungen in den Kämpfen jener Tage mitzuteilen. Die Adresse der Redaktion in Brandenburg ist Kurstr. 73.

Unser **Budapester Parteiblatt „Nepzava“** (Volksstimme) wird einen Prozeß über sich ergehen lassen müssen wegen Verleumdung des ungarischen Parlaments. Das Blatt hatte einen Artikel veröffentlicht, der sich mit den „Geschäften“ der Herren Abgeordneten beschäftigte. Bekanntlich ist es in Ungarn einem Abgeordneten verwehrt, an einem Unternehmen beteiligt zu sein, daß mit dem Staat irgendwie in Verbindung steht; die Stelle eines Lieferanten des Staats und eines Abgeordneten sind unvereinbar. In einem Artikel der „Nepzava“ ist nun gesagt worden, daß für eingesezte Ausländer des Abgeordnetenhaus hat, indem er in 55 ihm vorgelegten Fällen von Zuwiderhandlung gegen das Verbot freisprechende Urteile fällte, handgreifliche Lügen ausgesprochen, wegen der man im Privatleben der öffentlichen Verachtung preisgegeben wäre. Den Abgeordneten wurde vorgeworfen, daß sie mit ihren Mandaten schmutzigen Schacher treiben und eine Interessen-Genossenschaft bilden.

Deswegen ersuchte der Staatsanwalt das Abgeordnetenhaus um seine Zustimmung zur strafrechtlichen Verfolgung der „Volksstimme“. Nach heftiger Debatte, in der die Opposition die Anklagen der „Volksstimme“ unterläßt und noch verstärkte, beschloß das Haus, seine Zustimmung zu der Strafverfolgung zu erteilen.

Gewerkschaftliches.

Sonntagruhe in der Glasindustrie. Der Verband der Glasarbeiter Deutschlands hat durch seinen Vorstand an den Unternehmerverband das Ersuchen gerichtet, in gemeinsamer Verhandlung von Abgeordneten beider Teile die Frage der Sonntagsruhe in der Glasindustrie zu regeln.

Die Errichtung eines **Gewerbegerichts** hat der Gemeinderat zu Roswig beschlossen.

Bei den **Gewerbegerichtswahlen** in Offen legte die Liste des blau-schwarzen Mischaß mit 2500 Stimmen über die Liste der Gewerkschaften, die es nur auf 1650 Stimmen brachte.

Der **Maurerstreik** in Halle dauert noch immer fort. Die Unternehmer bemühen sich, Arbeitswillige heranzuziehen. Kürzlich hatten sie solche von Köln in herbeigeholt; diese erklärten aber in der Versammlung, nicht als Streikbrecher dienen zu wollen, sondern sie würden wieder abreißen.

Die **evangelischen „Arbeitervereine“** halten auf ihrem letzten Verbandstage nach einem Referat des Pfarrers Raumann beschlossen, die Gewerkschaftsfrage auf dem nächsten Verbandstage noch einmal zu erörtern. Nun hat aber der Ausschuß des Gesamtverbandes vor mehreren Wochen in Erfurt die Tagesordnung des nächsten Delegiertentags (Speyer) festgelegt und dabei laut Protokoll beschlossen: „... daß von jeder theoretischen Erörterung über die gegenwärtigen Gewerkschaften und ihre etwa in der Zukunft erfolgende Veränderung oder Neutralisierung schlechthin abgesehen werden soll, da hier unvereinbare Meinungsgegenstände vorliegen. — Das bedeutet also die Abdankung der evangelischen „Arbeitervereine“.

Sociales.

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen und Jugendlichen in Motorwerkstätten erfährt vom 1. Januar an eine ausföhrliche Regelung auf Grund des § 154 der R.-G.-O. Der preussische Handelsminister hat zu den vom Bundesrat darüber erlassenen Bestimmungen Ausführungsanordnungen erlassen, die jetzt im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht werden. Wir werden in den nächsten Tagen das Wissenswerteste aus den Vorschriften mitteilen.

Den **Erlaß eines Wohnungspflege-Gesetzes** plant eine Senatsvorlage in Lübeck. Die Behörde soll sich aus dem Chef der Polizeibehörde, einem zweiten Mitgliede des Senats und acht bürgerlichen Deputierten zusammensetzen. Um nun den Hauseigentümern und Wohnungsinhabern Zeit zu geben, sich den Bestimmungen dieses Gesetzes entsprechend einzurichten, soll dieses erst sechs Monate nach seiner Verkündung in Kraft treten.

Alters- und Invalidenversicherung für die städtischen Arbeiter und Angestellten in Jülich. In der Stadt Jülich wird in endlicher Ausführung der bezüglichen Bestimmungen der Gemeinde-Ordnung die Einführung einer solchen Versicherung geplant, welche für alle ca. 2300 in Vertrag kommende Personen obligatorisch sein soll. Der Anspruch auf Pension soll nach 33 Dienstjahren oder nach erreichtem 60. Altersjahr oder beim Eintritt gänzlicher Arbeitsunfähigkeit erhoben werden können. Die Pension beträgt bei gänzlicher Arbeitsunfähigkeit vom 6. Dienstjahr an 25 Proz. der Jahresbezahlung und sie steigt dann um 1 Proz. pro Jahr, so daß die Rente mit dem 31. Dienstjahr das Maximum von 50 Proz. der Bezahlung erreicht. Bezahlungen über 5000 Fr. werden nur bis auf 5000 Fr. angedreht. Die Pension wird nach dem Tode des Versicherten den Hinterlassenen noch für drei Monate ausgezahlt. Aus-tretende erhalten die Prämien ohne Zins zurück. Die Versicherung übernimmt die Stadt. Die jährliche Prämie der Versicherten beträgt 3 Proz. ihrer Bezahlung. Die Stadt ergänzt die Prämie auf den erforderlichen Prozentsatz.

Arbeitslosigkeit in der Schweiz. In Jülich waren im Monat November nach dem Bericht des städtischen Arbeitsamts ca. 2000 Arbeitslose vorhanden, indem 2570 Arbeitsgesuche und nur 694 offene Stellen zu verzeichnen waren. Vermittlungen konnten nur 462 erzielt werden. — In Basel wurden am 1. Dezember in Verbindung mit der Volkszählung 1446 arbeitslose Personen gezählt, gleich 1,32 Proz. der Bevölkerung. — In Bern meldeten sich bei der städtischen Arbeitslosen-Versicherung, die jeweiligen vom 1. Dezember an ihre Unterhaltungs-tätigkeit aufnimmt, bis zum 8. Dezember 172 versicherte Arbeitslose, während die Zahl der Arbeitslosen überhaupt natürlich eine viel größere sein dürfte. Die Mitglieder der städtischen Arbeitslosenversicherung erhalten nach sechsmonatlicher Beitragsleistung von je 70 Cts. für die Dauer von sechs Wochen 2 Frants täglich wenn verheiratet, 1,50 Frants wenn ledig. — Ferner werden von überaus hoher Geschäftstodungen, Arbeitsmangel und Arbeiterentlassungen gemeldet.

Gerichts-Beitrag.

Wann verfahren Vorgehen gegen § 11 des Reichs-Pressegesetzes? Der Redacteur **Wanke** hatte in einem landwirtschaftlichen Anzeiger die Presse mitgeteilt, welche die Provinzialämter während eines bestimmten Zeitraums für inländisches Getreide zahlten. Das Kriegsministerium sandte ihm darauf eine Verichtigung. Diese wurde aber weder in der nächsten, noch in einer der folgenden Nummern des „Landwirtschaftlichen Anzeigers“ abgedruckt. Herr **Wanke** als der verantwortliche Redacteur wurde deshalb wegen Uebertretung des § 11 des Pressegesetzes angeklagt. Das Landgericht erklärte auf Einstellung des Verfahrens, weil Verjährung eingetreten sei. Das Landgericht nahm an, daß die dreimonatliche Verjährungsfrist von dem Tage des Erscheinens derjenigen Nummer der Zeitung ablaufe, für die die Verichtigung bestimmt war, das heißt, der nächstfolgenden Nummer. Der Staatsanwalt legte Revision ein und machte geltend: Wenn die landgerichtliche Auffassung zuträfe, dann wäre allerdings Verjährung eingetreten. Sie sei aber falsch, denn das Vorgehen gegen § 11 sei ein Dauerdelikt und bleibe strafbar, so lange die Aufnahme der Verichtigung ausbleibe. — Das Kammergericht verworft die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Der Senat könne die in seiner Entscheidung vom 28. Februar 1887 ausgesprochene Ansicht, daß die Uebertretung des § 11 des Pressegesetzes ein Dauerdelikt sei, nicht mehr aufrecht erhalten. Aus dem Absatz II des § 11 gehe hervor, daß der Abdruck der Verichtigung in der nach Empfang der Einsendung nächstfolgenden Nummer erfolgen müsse. Danach ist mit dem Erscheinen dieser Nummer die Straftat vollendet, wenn darin die Verichtigung nicht enthalten sei. Es müsse deshalb auch die Verjährung mit dem Erscheinen dieser nächstfolgenden Nummer beginnen. Offenbar gehe auch § 19 in seiner Fassung davon aus, daß nur die Nichtaufnahme in der nächsten Nummer strafbar und das Delikt damit vollendet sei.

Bezüglich der Kommunal-Stichwahlen besagen die Städte-Ordnung für die östlichen Provinzen und die Rheinische Städte-Ordnung übereinstimmend: Zu der zweiten Wahl werden die Wähler sofort oder spätestens innerhalb 8 Tagen aufgeföhrt. Der Magistrat und die Stadtverordneten in Reuß legen diese Bestimmung so aus, daß die Stichwahlen spätestens acht Tage nach der Hauptwahl stattfinden hätten. Das Ergebnis einer sieben Tage nach der Hauptwahl stattgehabten Stichwahl in Reuß war der Sieg eines gewissen Betler. Sein Mandat wurde angefochten, und im Gegensatz zur Stadtverordneten-Versammlung erklärten auch der Bezirksauschuss und das Ober-Verwaltungsgericht die Wahl für ungültig, indem sie von folgenden Erwägungen ausgingen: Die angeführte Bestimmung habe lediglich die Bedeutung, daß der Termin für die Stichwahl spätestens innerhalb 8 Tagen bekannt zu geben sei. Eine Frage sei die, welcher Zeitraum zwischen der Bekanntgabe der Wahl und dieser selbst liegen müsse. Da konnte nicht nur für die Hauptwahl, sondern auch für die Stichwahl die Bestimmung in Betracht, wonach 14 Tage vor der Wahl die Wähler zu den Wahlen berufen würden. (§ 23 der östlichen Städte-Ordnung und § 22 der Rheinischen Städte-Ordnung.) Die Wähler hätten also auch zu der Stichwahl 14 Tage vorher einberufen werden müssen, was nicht geschehen sei, da die Stichwahl ja bereits 8 Tage nach der Hauptwahl stattgefunden habe. Deshalb sei die Wahl ungültig.

Versammlungen.

Der **Wahlverein für den fünften Wahlkreis** hielt am Donnerstag eine stark besuchte Versammlung im „Alten Schützenhaus“ ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken der verstorbenen Mitglieder Emil Friedel und August Bummert durch Erheben von den Plätzen. Genosse **Lebedow** vertrat in einem 11/2stündigen Vortrag, vielfach von Beifall unterbrochen, die politische Lage. Eine Diskussion knüpfte sich an den Vortrag nicht. Dagegen zeitigte die schon in früheren Versammlungen erregte Angelegenheit **Wißner** eine mehrstündige und vielfach erregte Auseinandersetzung. Die Versammlung beschloß mit einer Mehrheit von zehn Stimmen, die endgültige Regelung der Sache einer 13gliedrigen Kommission zu überweisen. Das Ergebnis deren Verhandlungen soll absonderlich im Januar d. J. stattfindenden Generalversammlung unterbreitet werden.

Eine **öffentliche Tischler-Versammlung** tagte am Donnerstag im Lokale Königsdank. Sie war seitens der Lokalorganisierten Tischler einberufen zu dem Zweck, Protest zu erheben gegen die von der Tischler-Innung beabsichtigte Einführung eines Kontrollbuchs, wodurch die Rechte der Gesellen beeinträchtigt werden sollen. Ueber diese Absicht der Innung haben wir bereits in Nr. 284 des „Vorwärts“ nähere Mitteilungen gemacht.

Fritz Kater, der in der Versammlung über diese Angelegenheit referierte, unterzog das Vorgehen der Innung einer ebenso sachlichen wie zutreffenden Kritik und sagte zum Schluß: Nach Lage der Verhältnisse könne diese Versammlung nicht beschließen, die Unterschrift unter die von der Innung diktierten Bedingungen zu verweigern, denn dazu müßte man die Massen der Berufsgenossen hinter sich haben. Es komme jetzt darauf an, eine lebhaftige Agitation gegen die Absichten der Innung zu betreiben, die Berufsgenossen für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen, und die, welche in der Berliner Tischlerbewegung das Heft in Händen haben und sich bisher schweigend verhielten, herauszuloden aus ihrem Winkel. — An der Diskussion beteiligten sich eine Anzahl Redner, die dem Referenten zustimmten. Es wurde auch bemerkt, daß in verschiedenen Werkstätten die Arbeiter bereits die neue Arbeitsordnung unterzeichnet haben sollen. Ein Verbandsmitglied führte aus, daß der Holzarbeiter-Verband zweifellos Stellung gegen die Maßregeln der Innung nehmen werde. Tischlermeister **Peegge**, der ebenfalls das Wort nahm, sagte: Der Ullas der Innung sei ein Ausdruck der wirtschaftlichen Machtverhältnisse. Ein Jahrzehnt lang hätten die Gesellen die Arbeitsbedingungen diktiert. Jetzt, mit dem Eintritt einer ungünstigen Geschäftslage, scheine das Gegenteil einzutreten. Er (Redner) halte die Einführung schwarzer Listen für schädlich und unmoralisch. Daß ein solcher Ullas, wie der vorliegende, überhaupt erlassen werden konnte, daran hätten die Gesellen auch einen Teil der Schuld, denn sie hätten seiner Zeit den Kampf, der aus dem Reiben der Meister gegen die Einführung der Zwangsinnung, geführt wurde, nicht unterstützt. — Nach Schluß der Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung der Tischler Berlins (Vertrauensmänner-Centralisation) beschließt, bezugnehmend auf die Ausführungen des Referenten, eine rege Agitation gegen die von der Innung beschlossene neue Arbeitsordnung, die am 1. Januar 1901 in Kraft treten soll, zu entfalten. Die Versammlung erwartet von der Leitung des Holzarbeiter-Verbands (Hilale Berlin), daß auch sie in die Öffentlichkeit treten wird, um gemeinsam den Schlag abzuwehren zu können.

Eine **öffentliche Musiker-Versammlung** tagte am Dienstag, den 11. d. M., in Schul Lokal, Grenadierstr. 33. Der Gewerkschafts-Delegierte erstattete, weil er persönlich nicht anwesend sein konnte, durch ein Schreiben einen Bericht. Darauf folgte der Bericht der Agitations-Kommission. Von der Auswahl der Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission sowie der Agitations-Kommission wurde Abstand genommen und sollen dieselben aus dem Rahmen der Freien Vereinigung gewählt werden. Die Gelder sowie Marken wurden der Freien Vereinigung überwiesen. Unter „Verschiedenes“ kritisierte **Korn** den von den Berliner Musikern neu in Aussicht genommenen Tarif.

Der **Propaganda für die Konsumvereinsbewegung** diente eine Volksversammlung, die am Dienstag im Lokal „Südbot“ in der Waldemarstraße tagte. Frau **Seinbach** aus Hamburg legte in fast zweistündiger Rede das Wesen der Genossenschaftsform dar und betonte, daß die Konsumvereine nicht nur materielle Vorteile für die Mitglieder bringen sollen, daß es vielmehr in erster Linie darauf ankomme, durch derartige Einrichtungen den genossenschaftlichen Geist unter den Arbeitern zu wecken und zu fördern, um durch Organisation der Warenverteilung, und daran anschließend auch der Produktion die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse zu stärken. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine zustimmende Ansprache, sowie zahlreiche Aufnahmen neuer Mitglieder in den Konsumverein Berlin-Mixdorf.

Wilmersdorf. Hier tagte am 12. Dezember im „Wittes Volksgarten“ eine gutbesuchte außerordentliche Mitglieder-Versammlung. In derselben erstatteten die Delegierten Bericht von der Kreis-Konferenz. Der Bibliothek wurden zur Erweiterung 50 M. überwiesen und dann folgende Resolution angenommen: „Der heute am 12. Dezember tagende socialdemokratische Verein für Deutsch-Wilmersdorf erklärt seinen Anschluß an den Socialdemokratischen Central-Wahlverein für Teltow-Berlin-Storkow-Charlottenburg mit dem 1. Januar 1901. — Die Mitglieder werden ersucht, mit dem Kassierer wegen des 3. Quartals vor Eintritt des neuen Jahres abzurechnen.“

China.

Amerika wird ungeduldig.

Die amerikanische Regierung ersuchte ihren Vertreter in Peking, Conger, telegraphisch, seinen Einfluß bei den übrigen Vertretern dahin geltend zu machen, daß die Friedensverhandlungen mit den chinesischen Unterhändlern sofort beginnen.

Auch die Kaiserin soll übrigens jetzt ihre Friedensvorschlüge präziser mitgeteilt haben. Es wird über das

Chinesische Friedensangebot

Ein „Standard“-Telegramm aus Shanghai, den 12. d. Mts. besagt: Tschangschidung hat die Mitteilung erhalten, die Kaiserinwitwe habe sich mit folgenden Friedensbedingungen einverstanden erklärt: Baldige Rückkehr des Kaisers nach Peking; Zahlung einer Entschädigung in Höhe von vierzig Millionen Pfund Sterling; Einführung einer Schutzwache von 2000 Mann für jede fremde Gesandtschaft und Einsetzung von je einem fremdländischen Berater für jede Provinz des chinesischen Reichs.

Von einer Bestrafung der Räubersführer ist also keine Rede.

Rußland räumt Putsch.

Ein Telegramm der „Times“ aus Peking vom 11. d. M. sagt: Zum zweitenmale hat Rußland dem Grafen Waldersee offiziell die Abgabe Lünder gegeben, alle russischen Soldaten aus der Provinz Tschili zurückzuziehen und die Tientsin-Schanghai-Eisenbahn an die verübenden Streitkräfte auszuliefern. Die Zurückziehung der Truppen solle noch vor dem russischen Neujahr erfolgen.

Vergebene Mühe.

Der „Frank. Ztg.“ wird aus Tientsin telegraphiert: Die Expedition unter dem deutschen Oberst von Nothwehr, welche nach dem Schwefeln abgeschickt war, ist mit 14 Feldgeschützen und 4 andern hierher zurückgekehrt. Die chinesischen Truppen ließen sich auf kein Gefecht ein. Hier und in Pootingfu sind Voger verhaftet worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus dem englischen Unterhaus.

London, 14. Dezember. (W. L. V.) Auf eine Anfrage, betreffend die Erledigung der Chinafrage, erklärt Walfour, die Regierung hoffe, daß die künftigen Fragen, welche erledigt werden müßten, bevor die Verhandlungen beginnen könnten, auf einem Punkte angelangt seien, der ihre Genehmigung seitens der Mächte erwarten ließe. Die Regierung habe keine Nachricht bezüglich der Rückkehr der chinesischen Souveräne nach Peking.

Der Kampf mit De Wet.

London, 14. Dezember. (W. L. V.) Einem Telegramm des „Evening Standard“ zufolge habe General Knop im Zusammenwirken mit der Abteilung von Reddersburg De Wet gezwungen, Stand zu halten. Ein Kampf sei im Gange, viele Boeren seien gefangen.

Wohum, 14. Dezember. (W. L. V.) Wie der „Wohumer Anz.“ meldet, sind auf der benachbarten Feste „Karolinenkliff“ heute nachmittag fünf Mann der Verleghaft verunglückt. Das Unglück wurde dadurch hervorgerufen, daß eine Brenne an dem Brennsford verlor. Die teilweise schwer Verletzten wurden alsbald dem Krankenhanse „Vergammsdell“ in Wohum zugeführt.

Prozeß Sternberg.

35. Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgericht-Direktor Müller teilt Präsidium Dr. Störmer mit, daß er sich bei einer Obduktion eine Nymphgefäßentzündung am Finger zugezogen habe, die einige Schonung fordere. Dadurch wird die Disposition des Vorsitzenden wieder verschoben; es können heute die Gutachten der Sachverständigen noch nicht erstattet werden und Sonnabend muß eine Sitzung stattfinden.

Direktordirektor Schulze

wird über seine Tätigkeit vernommen: Er habe seine Dienste zu Recherchen angeboten und habe durch Justizrat Dr. Sello Aufträge nach dieser Richtung hin erhalten. Er habe die strenge Weisung erhalten, streng reell vorzugehen und nur wahre Thatsachen zu ermitteln. Es handelte sich damals um die Fälle Erhardt, Journagon, Woyda. Er habe von selbst den Gedanken gehabt, daß das Wichtigste die Ermittlung des Vorlebens der Mädchen und ihrer Familien sei und er habe deshalb Ermittlungen in den Schulen, bei den Lehrern, Direktoren usw. angeestellt, wobei er und seine Angestellten Viehle, Jänike und Obst tätig waren. Für die jetzige zweite Verhandlung der Sache habe er seine Aufträge vom Rechtsanwaltschaft Dr. Werthauer erhalten. Er habe unter anderem schwere Arbeit damit gehabt, die Erhardt zu ermitteln und habe den taubstummen Schneider Hof aufgesucht und vernommen. Die Berichte über seine Ermittlungen habe er an den Justizrat Dr. Sello, den Rechtsanwaltschaft Dr. Heinemann und an das Bureau Sternberg abgehandelt. Ermittlungen nach Vorstrafen von Zeugen und auf dem Einwohner-Meldeamt habe er seines Wissens nicht angestellt. Er behauptet — im Gegensatz zu dem vernommenen Oberleutnanten-Assistenten Schulz —, daß ihm dieser gesagt habe, Stierstädter sei beim Militär wegen Gehorsamsverweigerung bestraft worden. Der Gerichtshof beschließt, den Zeugen Schulz sofort herbeizuholen zu lassen. Zeuge Detektiv-Direktor Schulze bestreitet, daß er in den Wederschen Weinstuben in einem besonderen Zimmer Konferenzen mit seinen Agenten abgehalten habe. Er habe in letzter Zeit mehrmals in den Wederschen Weinstuben von Dr. Werthauer kleine Aufträge erhalten, da er im Bureau des Dr. W. immer zu lange warten mußte. Er giebt auf Befragen zu, daß in den ersten 1 1/2 Wochen seine Agenten im Gerichtsgebäude sich aufhielten, um zu beobachten, ob Zeugen auf den Wandelgängen mit einander sprechen und beeinflusst werden. Er selbst und seine Leute hätten niemand belästigt. — Vors.: Wer hat Ihnen den Auftrag gegeben, solche Beobachtungen anzustellen und namentlich auch Herrn

Stierstädter zu beobachten?

— Zeuge: Es war beobachtet worden, daß Herr Stierstädter in Gesellschaft der Frau Hausmann und des Fräulein Brauer im Restaurant „Servus“ zusammen saßen. Davon habe ich wohl Mitteilung gemacht und ich habe wohl vom Rechtsanwaltschaft Dr. Werthauer den Auftrag erhalten, nach dieser Richtung hin aufzupassen. — Der Staatsanwalt bemerkt dazu: Es scheint ja allerdings die persönliche Auffassung des Rechtsanwaltschaft Dr. Werthauer zu sein, das gehe aus einem von demselben unterschriebenen Schriftstück hervor, welches seiner Zeit eingereicht worden und in welchem von der Tätigkeit von Polizeivigilanten die Rede sei. — Rechtsanwaltschaft Dr. Werthauer protestiert dagegen, daß der Staatsanwalt das, was in einem von ihm unterschriebenen Schriftstück steht, als seine persönliche Annahme bezeichne. Sämtliche Schritte, die in dieser Strafsache unternommen worden seien, seien in Konferenzen festgelegt worden und er sei doch nur der die Beschlüsse ausführende Teil gewesen. — Vors.: Wir sitzen nun sieben Wochen hier, ich entsinne mich aber keiner einzigen Andeutung, daß Polizeivigilanten tätig gewesen seien. — Rechtsanwaltschaft Dr. Werthauer: Ja wohl, seiner Zeit bestand die Annahme, daß Frau Hausmann Polizeivigilantin sei, ebenso ein Droschkenfahrer. — Rechtsanwaltschaft Fuchs: Auch in der Verhandlung sind wiederholt derartige Andeutungen gemacht worden. — Rechtsanwaltschaft Dr. Werthauer: Ich muß nun aber ganz dringend um Schutz dagegen ersuchen, daß ich hier persönlich mit den Eingaben der Verteidigung identifiziert werde. Die Verteidigung muß selbstverständlich die Gedanken des Angeklagten wiedergeben, die Eingaben bedeuten die Schritte der gesamten Verteidigung, und wenn ich nach außen hin in die Erscheinung trete, so liegt dies daran, daß ich der ausführende Teil der Konferenzbeschlüsse gewesen bin. — Auf Befragen bestreitet der Zeuge Schulze, daß er jemals Konferenzen mit seinen Agenten in einem reservierten Zimmer des Wederschen Weinrestaurants gehabt, er habe auch nicht von Dr. Köhring Aufträge erhalten, auch nie mit Wolf oder Frau Stabs etwas zu thun gehabt. — Staatsanwaltschaft Frau: Ist es richtig, daß Sie den Herrn Stierstädter durch Ihre Agenten haben beobachten lassen? — Zeuge: Jawohl, aber wie lange Zeit weiß ich nicht, ich möchte erst meine Akten einsehen. — Präsi.: Sie wußten doch, daß Sie heute vernommen wurden? — Zeuge: Ja, ich bin aber so nervös, daß ich nicht vor Gericht erscheinen kann. — Präsi.: Sie sind ja doch hier. — Auf Befragen erklärt der Zeuge, daß er vier Agenten beauftragt und daß der Agent Woyda den Auftrag erhalten habe, Stierstädter zu beobachten. Nach dem 12. November habe er noch mehrere Aufträge in der Sternbergischen Sache erhalten. Er habe sich vor allen Dingen nach der Vergangenheit Stierstädters erkundigen müssen und erfahren, daß er der Sohn eines achtbaren, ehrenwerten Mannes sei. Der Zeuge erzählt ferner, daß er sich dem Metteur der „Post“ genähert habe, weil er den Verfasser des Artikels, in welchem er selbst aufs schärfste angegriffen worden war, ermitteln wollte. — Staatsanwaltschaft Frau: Und Sie haben dies im

Wege der Vernehmung

versucht? — Zeuge: Ich hielt mein Vorgehen nicht für strafbar. Staatsanwaltschaft Frau: Strafbare ist es ja nicht, aber vom moralischen Standpunkt aus können Sie dies Verfahren doch nicht billigen. — Präsi.: Wie hoch belaufen sich bis jetzt Ihre Einnahmen aus der Sternbergischen Sache? — Zeuge: Nach meinen Büchern habe ich 12 200 M. erhalten. Es war zuerst vereinbart, daß ich 50, dann daß ich 100 M. täglich erhalten sollte. Nach einiger Zeit kamen Differenzen, ich hatte noch rückständige 500 M. zu bekommen, wollte schon klagen und meine Tätigkeit einstellen. Dann erhielt ich den Rest im Sternbergischen Bureau ausgezahlt. — Präsi.: Sind Ihnen denn sonst noch Versprechungen gemacht worden? — Zeuge: Ja, ich sollte im Fall eines Erfolgs 50 000 M. erhalten. — Präsi.: Wer gab Ihnen dies Versprechen? — Zeuge: Justizrat Sello. — Präsi.: Und wie war der Fall eines Erfolgs anzufassen? — Zeuge: Falls ich genügendes Material beschaffe. — Staatsanwaltschaft Frau: Sagen Sie doch einfach, im Fall einer Freisprechung. — Zeuge: Nein, das nicht, ich stehe auf dem Standpunkt, daß mir die 50 000 M. unter allen Umständen zukommen. — Präsi.: So hoch bewerten Sie Ihre Ermittlungen? Was haben Sie denn eigentlich ermittelt? — Zeuge: Ich habe thatsächlich außerordentliches Material beschaffen. Ich ermittelte beispielsweise aus dem Vorleben der Frieda Woyda, daß sie schon in der Jugend Unfruchtbarkeiten betriebe hatte. — Präsi.: Und das schlugen Sie hoch an? Reinen Sie denn, daß Justizrat Sello dies auch als den Erfolg betrachtete, an den er gedacht hatte? — Zeuge: Ja, das glaube ich. — Präsi.: Wissen Sie, daß Dr. Werthauer noch anderen Detektiv-Bureau in der Sternbergischen Sache Aufträge gegeben hat? — Zeuge: Ja, Weien hat einmal einen kleinen Auftrag, ich glaube von 3000 M., erhalten, während der Zeit als ich mich mit meinen Auftraggebern in Differenzen befand.

Kriminalkommissar v. Tredakow:

Der Zeuge hat bekundet, daß er vom Rechtsanwaltschaft Dr. Werthauer beauftragt worden sei, Polizeibeamte zu beobachten, ob sie etwa Zeugen beeinflussen. Ich möchte Herrn Dr. Werthauer fragen, ob er unter diesen Polizeibeamten auch meine Person gemeint hat. Die Konsequenzen würde er zu ziehen haben. — Rechtsanwaltschaft Dr. Werthauer: Die Vermutung des Zeugen ist absolut ausgeschlossen. — Zeuge Stierstädter: Auch er frage, ob er darunter gemeint sei. — Rechtsanwaltschaft Dr. Werthauer: Es ist ja bekannt, daß gegen den Zeugen ein gewisser Verdacht obwaltete, der nach einiger Zeit gefallen ist. — Stierstädter: Ich denke doch, daß außer Polizeibeamten kein Mensch befugt ist, andre Personen zu beobachten. — Die Vernehmung des Zeugen soll beendet werden und seine Verteidigung steht in Frage. — Zeuge Schulze wird beauftragt, aus seinen Büchern die Namen der von ihm vorübergehend beschäftigten Personen festzustellen. Dierauf wird

Hr. Pfeffer

welche augenscheinlich krank ist, in den Saal gerufen, um zunächst über den bei ihr beschlagnahmten Brief der Frau Miller vernommen zu werden. Aus dem abgerissenen Stück habe nicht ein Wort davon gestanden, daß der Brief die Unwahrheit enthielt. Sie habe noch mehrere Briefe von Frau Miller (Fischer) erhalten, in denselben habe aber von Frieda Woyda nichts gestanden, außer in diesem beschlagnahmten Brief. — Frau Miller wird mit der Zeugin konfrontiert und tritt ihre Behauptung entgegen. Sie bleibt nachdrücklich dabei, daß sie die Wahrheit gesagt habe und daß auf der abgerissenen Stelle gestanden habe: man solle den Brief der Verteidigung mitteilen und ihn dann zerreißen, denn der Inhalt sei un wahr. — Die Zeugin Pfeffer bleibt dabei, auf dem abgerissenen Zettel habe nur gestanden: Wenn Sternberg meine Schwester und Herr Schneider nicht in Ruhe lassen und die unwahren Behauptungen nicht zurücknehmen sollte, so... Es kommt hierüber zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den beiden Zeuginnen. Clara Fischer unterstützt die Aussagen des Fräulein Pfeffer, Frau Miller weist dieselben als unzureichend mit großem Nachdruck zurück. Das Fräulein gehe schon aus der Thatsache hervor, daß Hr. Pfeffer das Stück abgerissen habe. Wenn das darin gestanden hätte, was Hr. Pfeffer behauptet, so läge doch gar kein Grund vor, das Stück abzureißen. Hr. Pfeffer kann einen bestimmten Grund nicht angeben. — Zeugin Clara Fischer: Hr. Pfeffer habe ihr auch erzählt, sie habe Dr. Werthauer von der Existenz dieses Briefes in Kenntnis gesetzt. Dr. Werthauer habe ihr 1000 M. für die Herausgabe des Briefes bieten lassen. Dann habe man ihr gesagt, sie solle nichts über dieses Angebot verlautbaren lassen, denn er würde vielleicht dann sein Mandat verlieren. Dies hätten Herr Poppe und Hr. Eudard ihr gesagt, die behaupteten, daß sie aus dem Werthauerischen Bureau kämen? — Die Zeugin Pfeffer bestreitet dies. — Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Zeuginnen Miller, Pfeffer und Clara Fischer über die Briefaffäre werden von diesen sehr temperamentvoll untereinander ausgefochten. Die Zeugin Miller, welche auf Befehl des Gerichts eine Schripfprobe machen muß, um festzustellen, ob der von ihr bespottete Satz auf dem abgerissenen Stück überhaupt gestanden haben könnte, behauptet mit unterdrückter Bestimmtheit, daß Hr. Pfeffer nicht die Wahrheit sage; sie habe den Brief lediglich zu dem Zweck geschrieben, Sternberg zu bewegen, ihr Geld zu senden. Es habe in dem Brief gestanden, daß der Inhalt nicht wahr sei. — Hr. Pfeffer bestreitet dies entschieden und bleibt auf dringenden Vorhalt des Vorsitzenden dabei, daß sie bereit sei, ihre Behauptung zu beschwören. An einer Stelle der Behauptung des Hr. Pfeffer greift Hr. Clara Fischer sehr erregt ein und hält der Zeugin vor: sie habe ja auch ihr gesagt, daß sie den fehlenden Teil

mit Absicht abgerissen

habe. Hr. Pfeffer: Der Teil sei ohne Absicht abgerissen. Sie habe erst den ganzen Brief zerreißen wollen, aber eine Ahnung habe ihr gesagt, sie sollte ihn doch lieber aufbewahren, denn bei all den Schändlichkeiten, durch die man sie vernichten wollte, könnte er ihr vielleicht noch einmal als Waffe dienen. Man habe sie mit allen möglichen Rationierungen verfolgt und nur der Ehrlichkeit und Weisheit des Herrn Stierstädter habe sie es zu verdanken, daß sie heute nicht auch da sitze, wo andre Leute sitzen. — Vors.: Fräulein Pfeffer, Sie sind ja wohl schlecht behandelt worden. Sie sind sich aber doch bewußt, daß Sie hier einen Eid leisten sollen? Sie müssen sich frei machen von aller Erregung und von allen Gefühlen des Hasses und nun frage ich Sie: Wollen Sie das beschwören, was Sie hier gesagt haben? Ist das alles wahr? — Zeugin: Ich habe nichts an meiner Aussage zu ändern. — Vors.: Jeder, der den Brief liest, wird wohl zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß die Anlagen darin nicht erhoben werden zum Zweck der Erpressung. Gerade das Stillschweigen der Zeuginnen spreche dagegen. — Staatsanwaltschaft Frau: In einem anonymen Briefe ist mir mitgeteilt, daß Sie eine

unglaubliche Angst vor Sternberg

haben. So weit ich die preussische Staatsanwaltschaft in Berlin zu thun habe, kam ich Sie beruhigen und Sie auffordern, sich in allem vertrauensvoll an uns zu wenden. — In der weiteren Aussage, die die Zeugin in großer Erregung und mit einer Schamlosigkeit macht, die es unmöglich erscheinen läßt, ihr auch nur annähernd zu folgen, beklagt sie sich darüber, daß der Angeklagte Sternberg in ihrer Wohnung gewesen sei und sie ernstlich bedroht habe, er würde sie durch die Zeitungen schleifen etc. — Vors.: Welche Folgen das haben kann, hat ja schon wieder Ihre Schwester Hr. Hildegard Pfeffer erfahren müssen, welche leider aus ihrer Stellung entlassen worden ist, nur weil sie hier im Prozeße als Zeugin vernommen worden ist. (Purren im Publikum.) Zeugin Pfeffer: Als sie bei Dr. Werthauer erschien, habe sie ihm gesagt, sie wüßte nicht in die ganze Sache verwickelt zu werden, sie könne nichts über den Fall Woyda mitteilen und wisse nichts davon, man solle sie in Ruhe lassen. Sie habe dann all' die schamlosen Angriffe und Rationierungen, die gegen sie unternommen würden, Wort für Wort mitgeteilt. Dr. Werthauer habe darauf gesagt, er wolle das ja gar nicht wissen, sie habe aber erwidert, er solle es wissen und es Herrn Sternberg vorhalten und ihm sagen, daß er sie in Frieden lassen solle, denn werde sie ihn auch in Frieden lassen. Dr. Werthauer habe sie darauf hingewiesen, daß Sternberg doch jetzt selbst sehr im Unglück sei, sie möge doch ihre gereizte Stimmung gegen ihn aufgeben, ob es ihr nicht möglich sei, auf die andre Seite zu geben, Sternberg würde ihr unendlich dankbar sein. Sie habe gesagt, und wenn man ihr eine Willkür bieten würde, würde sie nur das sagen, was sie wirklich wisse.

Einschüchterungen und Drohungen.

Aus den weiteren Aussagen der Zeugin Pfeffer scheint sich folgendes zu ergeben: Es möge im September gewesen sein, als sie von der Frau Eudard aufgesucht und von ihr überredet worden sei, mit ihr ein Glas Bier zu trinken. Sie seien nach Habels Brauerei gegangen. Nach einiger Zeit habe sich der Direktor Poppe zu ihnen gestellt, der bald angefangen habe, von der Sternbergischen Angelegenheit zu sprechen. Er habe sie an diesem Tage bloß gebeten, doch freundlich und friedlich zu sein. Am folgenden Tage habe sie Frau Eudard besucht, wo sie wieder mit Poppe zusammengetroffen sei. Er habe sie gebeten, ihm den Brief der Margarete Fischer zu überlassen und als sie sich geweigert habe, habe Poppe ihr 1000 Mark geboten. Auch dies habe sie abgelehnt. Nach einigen Tagen habe Frau Eudard ihr gesagt, sie möge für die käufliche Ueberlassung des Briefes doch 3—5000 M. fordern. Als sie sich wiederum ablehnend verhalten habe, sei kurze Zeit darauf Herr Poppe wieder bei ihr

erschienen mit demselben Anliegen und habe gleich einen schriftlichen Kaufvertrag mitgebracht. Sie habe das aufs entschiedenste zurückgewiesen und nun habe man von weiterem Wemachen, den Brief zu erhalten, Abstand genommen. Es sei aber dann der Versuch gemacht worden, durch Drohungen mit Verhaftung u. dergl. auf sie einzuwirken und schließlich habe man sich auf die Bitten gelegt und auf diese Weise versucht, sie für Sternberg zu gewinnen. Sie sei dann krank geworden und habe vom Krankenbett aus mit Pfeiffer einen Brief an Dr. Werthauer geschrieben, worin sie ihn gebittet habe, wie sie von Poppe und andren Anhängern Sternbergs drangaliert werde. Sie bitte ihn, seinen Einfluß auf Sternberg dahin geltend zu machen, daß man sie in Ruhe lasse. Sie habe seinen Hof gegen Sternberg, wolle aber endlich Frieden haben. Herr Poppe sei bald darauf mit einem Bouquet bei ihr erschienen, ein Vorkommnis, welches ebenso wie die gleiche Aufmerksamkeit, die ihr Herr Stierstädter erweisen, zu ihrem Nachtheil ausgelegt worden sei. — Es wird dann wieder die Briefgeschichte erzählt. Die Zeugin bleibt mit aller Entschiedenheit dabei, daß der abgerissene Teil des Briefes nicht ein Wort von dem enthalten habe, wie von der Zeugin Margarete Miller behauptet wird. Wiederm kommt es über diesen Punkt zwischen den Zeugin Hr. Pfeffer, Frau Miller und Hr. Clara Fischer zu lebhaften Auseinandersetzungen. Rechtsanwaltschaft Fuchs I befragt die Zeugin Pfeffer, ob

Dr. Werthauer auf sie eingewirkt

habe, zu Gunsten Sternbergs etwas zu thun. Ferner: ob sie den Brief zu Dr. Werthauer mitgenommen habe. — Die Zeugin antwortet: Sie habe den Brief das erste Mal nicht mitgenommen, aber doch angedeutet, daß sie einen solchen habe und daß etwas Belastendes in der Woyda-Sache darin stehe. Dr. Werthauer habe ihr, wie sie wiederhole, gesagt, sie solle doch ihre erregte Gemüthsgegen Sternberg aufgeben und sich doch einmal überlegen, ob es nicht möglich für sie sei, auf seine Seite überzugehen. Frau Eudard habe ihr im Vorzimmer vorgehalten, sie solle doch nicht so gehässig gegen Sternberg sein, der arme Kerl sitze ja schon im Unglück. Sie habe geantwortet, sie könne ihm nicht helfen. Herrn Dr. Werthauer habe sie gesagt, er solle nur Herrn Sternberg mitteilen, was in dem Briefe stehe. — Staatsanw. Frau: Hat denn Dr. Werthauer an Sternberg eine solche Mitteilung gelangen lassen? — Rechtsanw. Dr. Werthauer: Wenn ich darauf antworten soll, dann bitte ich, mich ganz formell als Zeugin zu vernehmen und mich im Zusammenhang meine Behauptung abgeben zu lassen. Dies geschieht. Rechtsanwaltschaft Dr. Werthauer äußert sich dahin: Er sei erst nach dem April mit dem Angeklagten Sternberg zwecks Eintritts in die Verteidigung in Verbindung getreten und sei über die ganze Sachlage von Sternberg persönlich informiert worden. Dieser sei in allen Stadien und bis heute sehr ernstlich bei der Versicherung geblieben, daß er mit der Woyda nichts zu thun gehabt habe. Als er ihm dann sagte, er müsse irgendwie begründen, warum das Kind eine falsche Beschuldigung aufstellte, sei man in vielfachen ersten Konferenzen dazu gekommen, daß Hr. Pfeffer vielleicht der Sache ihre Hand im Spiele haben könnte, ferner vielleicht Hr. Fischer und Herr Stierstädter. Gerade die Hartnäckigkeit, mit welcher der Angeklagte darauf verharrte, war ausschlaggebend, anzunehmen, daß er in dem Woyda-Falle thatsächlich unschuldig sei. Hr. Pfeffer sei dann in seine Sprechstunde gekommen, sie habe sich in sehr erregtem Zustande befunden, was im einzelnen gesprochen worden, wisse er nicht mehr. Es sei auch möglich, daß er sich populär ausgedrückt und gesagt habe: Können Sie nicht auf unsere Seite treten? Diese Unterredung war etwa am 8. Juni, der fragliche Brief sei vom 14. August, in der Zwischenzeit habe er weder direkt oder indirekt von Hr. Pfeffer etwas erfahren oder mit ihr gesprochen. — Vors.: Haben Sie jemand zur Pfeffer entsandt, um den Brief zu kaufen? — Zeuge: Niemand auf der Welt! — Zeugin Pfeffer erklärt, daß Poppe ihr geraten habe, wenn sie kein Vertrauen zu Herrn Werthauer habe, sich an Rechtsanwaltschaft Wodler zu wenden. Sie habe diesen Rat befolgt und demselben gesagt, daß sie wegen der Briefe, die etwas Belastendes gegen Sternberg enthielten, bedrängt werde. Rechtsanwaltschaft Wodler habe ihr gesagt, sie möge nach einigen Tagen wiederkommen und als sie dann auf sein nochmaliges Befragen, ob sie die Briefe verkaufen wolle, versichert habe, daß ihr dies nie eingefallen sei und sie darin auch nicht andren Sinns werde, habe Rechtsanwaltschaft Wodler ihr geraten, sie solle bei dieser Ansicht beharren und ruhig abtreten. Zeuge Stierstädter bestätigt noch auf Wunsch des Fräulein Pfeffer, daß Zuppa, den er gelegentlich in der Wassertrasse getroffen, ihn gefragt habe, ob Fräulein Pfeffer ihm nicht zur Ermittlung der Frieda Woyda behilflich gewesen sei. Der Zeuge habe dies aufs entschiedenste verneint. Fräulein Pfeffer erklärt noch, daß sie den Rechtsanwaltschaft Wodler von der Pflicht der Amtsverschwiegenheit anbinde, sie wird vereidigt und darauf entlassen.

Es tritt um 3 1/2 Uhr eine Mittagspause von 20 Minuten ein. Zeugin Callis wird noch einmal über das Verhalten des inzwischen verhafteten Zeugen Wolff in der dem Kriminalgebäude gegenüberliegenden Konditorei vernommen. Die Zeugin wiederholt, daß Wolff mehrfach laut, so daß es die übrigen Gäste hören mußten, zu ihr und der Leichter gesagt habe: „Daß Ihr vor Gericht nur die Wahrheit sagt!“ Leise habe er dann hinzugefügt: „Ihr könnt ja doch sagen was Ihr wollt!“

Es wird sodann wieder der Detektivdirektor Schulze, der sich aus seinen Büchern unterrichtet hat, vernommen. Er bekundet, daß er insgesamt 12 Angestellte in der Sternbergischen Sache verwendet hat, von denen einzeln allerdings nur ausschließweise beschäftigt war. Insgesamt habe er 12 200 M. ausbezahlt erhalten, davon vielleicht die Hälfte auf Anweisungen von Dr. Werthauer. Von dieser Summe sei wiederum etwa die Hälfte nach Beginn der zweiten Verhandlung gezahlt worden.

Dr. Werthauer stellt nach wie vor in Abrede, daß diese Zahlungen mit seinem Bureau irgend etwas zu thun hätten, sie seien sämtlich durch Zuppa erfolgt und er habe nur befehligen, daß Schulze einen ihm gewordenen Auftrag erledigt habe, wenn dieser mit Zuppa im Streit geraten sei. Es seien von ihm somit keine Anweisungen, sondern nur Anordnungen erteilt worden. Der Zeuge Schulze giebt zu, daß Wolff wiederholt im Wartezimmer des Dr. Werthauer verweilt habe.

Der Vorsitzende verliest sodann die eidesstattliche Versicherung,

welche Frau Miller am 24. Oktober in New York ausgestellt und mit einem Brief vom 5. November an Justizrat Dr. Sello gefandt hat. Es heißt darin: „Alle von meiner Seite gemachten Aussagen belastender Art sind un wahr und nur gemacht, weil er eine von mir begebene Geldsumme nicht gezahlt hat. Dagegen sind alle einfließenden Aussagen der Wahrheit entsprechend.“ Sie mache, heißt es weiter, diese Aussagen aus freiem Antriebe, um falschen Aussagen entgegen zu treten und um ihr Gewissen zu entlasten. — Der Vorsitzende meint, daß es doch charakteristisch sei, daß die Zeugin gleich zwei eidesstattliche Versicherungen in sich widersprechendem Sinne abgegeben habe. — Zeugin Miller erklärt, daß ihr Eugen Friedmann den Text vorgeschrieben habe. — Angeklagter Sternberg: Die dem Briefe beigelegten Zeilen an ihn lauteten etwa: Ich schide Ihnen jetzt meine Aussage, ohne daß ich etwas dafür haben will. Ich möchte keine Bedingung daran, aber ich hoffe, daß Sie sich Ihres Versprechens erinnern, mir zu helfen.

Nachdem noch der Portier des Hauses, in welchem Dr. Roman wohnt, ganz belanglose Behauptungen über einen Herrn gemacht, der ihn ansprechen wollte, schließt der Vorsitzende um 6 1/2 Uhr die Sitzung. Die Fortsetzung der Verhandlung findet Sonnabend ausnahmsweise erst um 10 1/2 Uhr statt.

106. Gr. Frankfurter-Strasse 106
am Straussberger Platz. Haltestelle der Strassenbahn.

Fabrik und Lager
von
Brillanten, Gold-, Silber- u.
Alfenidewaren, Regulateuren
Taschenuhren
zu bekannt billigsten Preisen.

Eigene Werkstätten unter wirklich
fachmännischer Aufsicht.

Telephon:
Amt VIIa
No. 7300.

Georg Grünbaum
Goldschmiede-Meister.

Gratis!

**Streichholz-
Automat,**

Deutsches R.-Patent,

einzig in seiner Art, stelle
ich meinen werten Käufern und
Kunden gratis zur Verfügung.



106. Gr. Frankfurter-Strasse 106
am Straussberger Platz. Haltestelle der Strassenbahn.

Verkauf und Lager von Sonnen- u. Regen-
Schirmen nur eigener Fabrikate
- von den billigsten bis besten Genres. -

Filialen:

Landsbergerstrasse 83.
Grüner Weg 39.
Gertraudenstrasse 10-12.

Telephon Amt VIIa
No. 8040.

G. R. Zöffel
Schirm-Fabrik.

Gegründet
1873.

Hauptgeschäft
Gr. Frankfurterstrasse
106.

Grosses Lager in
Hüten, Handschuhen, Kravatten, Stöcken
und Herren-Wäsche.
Elegante Auswahl in allen modernen Herren-Artikeln.

208L*

Unbedingt geübt*)

Herren- u. Knabengarderobengeschäft

Schönhäuser- und Prenzlauer Vorstadt

Hugo Opitz

Schneidermeister (58422)*
Berlin N., Franseckstrasse 13,
nahe der Schulzeis Brauerei.
Fernspr. Amt III. 5306. Stadtl. 1895.

Das vollständig neu umgebaute Lokal erstreckt sich durch
das Vorderhaus, Seitenflügel und Quergebäude,
ca 40 Meter direkte Länge.

Bei ganz bedeutender Auswohl fertiger Garderoben
für Herren und Knaben in Festtags-Kleidung,
Alltags-Kleidung, Sportbekleidung etc. habe ich
enorm billige Preise, auf jedem Artikel verzeichnet,
allerdings ohne jeden Abzug - freies freie Preise!

Hiesiges großes Tuchlager

zur Aufnahme für Maßbestellungen, welche sofort auf
das eleganteste in eigenen Werkstätten angefertigt werden.
*) Bitte sich selbst zu überzeugen.



Conrad Tack & Cie.

Burg bei Magdeburg.

Deutschlands bedeutendste Schuhfabriken.

68 eigene Verkaufshäuser in allen grösseren Städten Deutschlands.

Weltbekannt sind unsere Fabrikate

durch ausserordentliche Haltbarkeit, durch unerreicht billige, feste Preise,
durch vorzügliche chic Passform, durch unübertroffene Leistungen

auf dem Gebiet der **Schuh-Industrie.**

Prämiiert mit der goldenen Medaille 1893.



Haltbarer
Kinder-

Knopf-Stiefel
Mk. 1,90.

Strapazier-Damen-Stiefel Mk. 3,40.

Strapazier-Herren-Stiefel Mk. 4,50.

Goodyear-Welt (System Handarbeit), eigenes Fabrikat,
der beste Stiefel der Gegenwart.

Winter-Schuhe und -Stiefel in bekannt grosser Auswahl; Gummi-
Schuhe, echt Petersburger und beste deutsche Fabrikate.

Verkaufshäuser in Berlin unter eigener Firma:

50 Andreasstr. 50.
29 Beusselstr. 29.
1 Danzigerstr. 1.
139 Frankfurterstr. 139.
240 Friedrichstr. 241.
65 Oranienstr. 65.
50 Potsdamerstr. 50.
14 Rosenthalerstr. 14.

15 Spittelmarkt 15.
87 Turmstr. 87.
22 Wilsnackerstr. 22.

Charlottenburg:
122 Wilmsdorferstr. 122.

Rixdorf:
30/31 Bergstr. 30/31.

Achten Sie genau auf unsere Firma!

Conrad Tack & Cie., Burg bei Magdeburg.

Gegründet 1879.

Julius Lindenbaum

Grosse Frankfurterstr. 141, **BERLIN O.**, Grosse Frankfurterstr. 141,

Eckhaus der Fruchtstrasse.

14 grosse Schaufenster, 24 Bogenlampen, tagsüber elektrische Beleuchtung.

Eckhaus der Fruchtstrasse.

Grösstes Etablissement der Bezirke Ost, Nordost und Südost für

Herren- und Knaben-Bekleidung.

Sämtliche Sport- und Jagd-Artikel.

Berufskleidung.

Winter-Paletots.

Winter-Joppen.

Zwei Zuschneider. Specialität: Massanfertigung. Werkstatt im Hause.

Reelle billigste Preise.

Lokales.

Der Weihnachtsmarkt

Ist vor einigen Tagen wieder eröffnet worden. Pünktlich am 11. Dezember, wie alljährlich, sind die ersten Händler erschienen und haben ihre Buden aufgebaut. Früher wählte in Berlin jeder Mann, an welchem Tage der Weihnachtsmarkt zu beginnen hatte, und nicht bloß die Jugend, sondern auch mancher Erwachsene freute sich im Voraus darauf — heute lassen sich die meisten erst durch die Zeitungen daran erinnern und beachten es auch dann kaum. Die älteren und ältesten Berliner haben sich von dem Weihnachtsmarkt vergangener Tage eine freundliche, heitere Erinnerung bewahrt — den jüngeren und jüngsten schwebt nur das trübselige Bild vor, das er heute bietet. So haben sich die Zeiten geändert!

Sie haben sich nicht ganz ohne äußeres Zutun geändert. Gewiß steht unter den Ursachen, die den Niedergang des Berliner Weihnachtsmarkts herbeigeführt haben, die moderne Entwicklung von Gewerbe und Handel an erster Stelle. Aber von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist dabei auch der andere Umstand, daß man vor nun einem Jahrzehnt den Weihnachtsmarkt aus dem Innern der Stadt in die Außenbezirke verweisen hat. Er ist überhaupt viel umhergewandert worden, der Berliner Weihnachtsmarkt — in all den Jahrhunderten, die er nun besteht, hat er wohl ein halbes Duzend Mal seinen Platz wechseln müssen — aber er blieb doch immer im Centrum Berlins, immer war er von allen Teilen der wachsenden Stadt gleich bequem zu erreichen. Man pilgerte aus der Vorstadt nach der inneren Stadt, um den Weihnachtsmarkt zu sehen. Wer wird sich aber heute zu gleichem Zweck in die Vorstadt hinausbewegen? Es wird behauptet, im Innern der Stadt seien die Budenreihen im Laufe der Zeit zu einem Verkehrshinderniß geworden, es sei nicht länger möglich gewesen, sie auf dem Schloßplatz und im Lustgarten zu dulden. Andre meinen: daß er den Straßenverkehr behinderte, das habe man dem Weihnachtsmarkt nicht so sehr übel genommen — dem Schlosse habe er zu nahe gestanden, hauptsächlich darum habe er fortgemußt. Das ist wohl möglich — und sogar sehr wahrscheinlich. Ja, die Zeiten haben sich wirklich geändert!

Der Unbeteiligte hat es leicht, hier die Ächzeln zu zuden und die Sache mit einem gleichgültigen „Heiß er sich!“ abzutun. Denen, die es angeht, ist anders zu Mute, wenn sie an den Niedergang des Berliner Weihnachtsmarkts denken. Wenn man draußen in der Vorstadt jetzt durch die gar nicht mehr dünnen Budenreihen geht und dem vorläufig noch sehr träge dahinschleichenden Marktschreier zuschaut, dann findet man es bezeichnend, daß mancher Standinhaber ein Gefühl der Bangigkeit beschleicht. Es sind auch recht große Händler darunter, die jahraus jahrein von einem Markt auf den andern ziehen und es am Ende verschmerzen können, wenn sie in Berlin nicht mehr so viel wie früher verdienen. Aber die kleinen und kleinsten Händler, namentlich auch die zahlreichen um diese Zeit beschäftigungslos Leute, die nur vor Weihnachten handeln, nur vom Weihnachtsmarkt ihr bißchen Verdienst erwarten — die empfinden es recht bitter, daß nun auch hier nichts mehr zu holen ist. Wenn das Weihnachtsgeschäft beinahe für alle Geschäftsleute das Hauptgeschäft ist, auf das mancher seine ganze Hoffnung setzt, so bedeutet es für viele der kleinsten Händler geradezu den letzten Rettungsanker. Ein schlechtes Weihnachtsgeschäft, ein leerer Weihnachtsmarkt macht diesen Leuten den Winter noch reicher an Sorge und Entbehrung, als er es ohnedies für sie zu sein pflegt.

Für den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und allgemeinen kommunalwählerischen haben am Donnerstag von den liberalen Stadtverordneten nur zwei gestimmt. Die „Berliner Zeitung“ sagt, im „Vorwärts“ sei das „Mit Vergeltung“ festgestellt worden. Wir haben in unserer Besprechung des Verlaufs der Stadtverordneten-Sitzung vergeblich nach einem Ausdruck geforscht, aus dem die „Berl. Ztg.“ die behauptete „Vergeltung“ herausgelesen haben könnte. Vielleicht nennt sie ein und ein! — „Eigentümlich“ haben wir nicht gefunden, daß Stadtver. IIIstein mit den übrigen Mitgliedern der „Neuen Fraktion der Linken“ für den Antrag Preuß eingetreten ist, sondern daß er und die meisten seiner Freunde gegen den sozialdemokratischen Zusatzantrag gestimmt haben. Sachlich kommt das ja allerdings, das ist wahr, auf dasselbe hinaus; denn der sozialdemokratische Antrag forderte eben das allgemeine kommunalwählerische, der Antrag Preuß aber forderte es nicht — und gerade auf diesen Punkt kam es an. Daß die „Neue Fraktion der Linken“ nicht für den Zusatzantrag gestimmt hat, wollen wir der „Berliner Zeitung“ gern bestätigen, aber an der Haltung dieser Fraktion zu der Frage des allgemeinen kommunalwählerischen wird dadurch nichts geändert. Die „Berliner Zeitung“ bestreitet ihrerseits, daß diese Forderung wirklich keine freisinnige ist. Wir nehmen davon Kenntnis und werden von nun an nicht mehr daran zweifeln.

Die Heimkehr der Sieger. In der gestrigen Magistrats-Sitzung wurde mitgeteilt, daß am Sonntag die aus China heimgekehrten Marine- und Seejoldaten, nachmittags gegen 3 Uhr, auf dem hiesigen Bahnhofs entlassen und von dort aus ihren Einzug durch das Brandenburgische Thor in die Reichshauptstadt halten werden. Zugleich wurde in dem Schreiben der Zunft ausgesprochen, daß die Truppen am Brandenburger Thor durch eine Deputation des Magistrats begrüßt werden. Es wurde beschloffen der Aufforderung Folge zu leisten. Die Deputation wird aus den Herren Oberbürgermeister Richter, Bürgermeister Brinkmann, Stadtsyndikus Steinbrink, Stadtrat Behm und Wirtl. Geh. Ober-Regierungsrat Friedberg bestehen. Nachdem schon im August dieses Jahres die berühmten Vorkämpfer an den Grafen Waldersee verteilt worden sind und auch der Kommandeur der China-Truppen nach offizieller Vorstellung sich zum Triumphzug gestaltet hat, ist nicht recht ersichtlich, wie diese solennen Veranstaltungen nimmehr bei der Heimkehr der janzahlstiegefronten Truppen noch überboten werden sollen. Und daß Anstrengungen gemacht werden müssen, noch mehr zu leisten wie damals, steht doch eigentlich außer Zweifel. Ein schwieriger Fall. Anlässlich des Einmarsches aus China zurückgekehrter Marine-Truppen werden am 16. d. M., nachmittags etwa von 1 Uhr ab bis nach Schluß der Feier im Zeughaus für den Hof- und Fußgängerverkehr nach Bedarf gesperrt die Jahrdämme der Plätze am Opern- und am Zeughaus, sowie des Lustgartens und die Schloßbrücke.

Aus der Magistrats-Sitzung vom Freitag. Bei der Fortsetzung der Beratung des Einzelsetats wurde berichtet, daß der Etat des Statistischen Amtes in Ausgabe mit 418 000 M. abschließt und 2630 M. mehr angelegt sind, wobei zu bemerken ist, daß 17 händliche Hilfsarbeiterinnen jetzt mehr angestellt sind. Für das im Markthallen-Gebäude, Zimmerstraße 90, untergebracht das Märkische Provinzialmuseum wurden 25 746 M. in Ausgabe gestellt. Der Armenetat, der in Einnahme mit 600 000 M. und in Ausgabe mit 9 600 000 M. abschließt, erfordert einen Zuschuß von 8 994 000 M. Die Unterhaltungen durch die Armenkommissionen erforderten 7 385 000 M. und die Unterhaltungen, die unmittelbar bewilligt wurden, 163 000 M. während für besondere Unterhaltungen 346 000 M. in Ausgabe bewilligt wurden. Die Bewilligungen der Armenärzte erforderten 128 900 M., die Heilmittel 183 000 M. und die Kur- und Verpflegungskosten rund 1 Million Mark. Fast unbedeutend erscheint dagegen der Etat für das Luzeumwesen, der in Einnahme mit 18 010 M. und in Ausgabe mit 170 169 M.

abschließt. Die Mehrausgabe von 152 159 M. ist auf die Einrichtung neuer Turnhallen in Schulen zurückzuführen. Für die Heimstätten für Gemeindefremde sind in den Etat rund 200 000 M. mehr eingestellt. Dieser Etat schließt in Einnahme mit 178 800 M. und in Ausgabe mit 378 910 M. ab.

Die Kranzläden erregen neuerdings wieder Vergerniß. Vielfach sind die Zifferblätter mit Papier beklebt; seit Wochen tragen z. B. die Uhren am Remeler Park, auf dem Velle-Allianceplatz und an der Ecke der Charlottenstraße die Umhüllung. Woran liegt es, daß die Reparaturen sich so lange Zeit hinziehen?

Verständiges von Herrn v. Pöbbeck. Der Staatssekretär des Reichspostamts macht bekannt: Beim Herannahen des Neujahrsfestes nehme ich Veranlassung, die Amtsblattverfügung Nr. 103 vom 30. Dezember 1899, in welcher dem Wünsche Ausdruck gegeben ist, daß die Herren Beamten der förmlichen Beglückwünschungen aus Anlaß des Jahreswechsels — sei es durch Besuch, sei es durch Abgeben oder Liefern von Karten — sich enthalten möchten, von neuem in Erinnerung zu bringen.

Der Herr Staatssekretär läßt sich offenbar von dem Gefühl leiten, daß manche dieser Glückwünsche doch nicht recht von Herzen kommen mögen.

Der Weihnachtsbaum-Detailshandel hat mit dem gestrigen Tage seinen Anfang genommen. Von den Händlern wird fast allgemein über die hohen Engrospreise geklagt. Selbst minderwertige Ware wird mit 50—60, mittlere mit 70—80, bessere mit 100—120 M. für das Schod-Bäume bezahlt. Infolge dessen stellen sich auch im Einzelverkauf die Bäume erheblich teurer als im Vorjahre. Für die gewöhnliche Durchschnittsqualität werden 2,50 bis 3,50 M. verlangt, während selbst die geringste Sorte auf 1,50 M. kommt. Es wird jedoch in den nächsten Tagen ein allgemeiner Preisrückgang erwartet, da noch täglich neue Wagonladungen mit Weihnachtsbäumen in Berlin eintreffen.

Eine Erhöhung der Grundzüge für Tagometerdroshken von 50 auf 60 oder 70 Pfennig herbeizuführen, beabsichtigen die Droshken-Führer von Berlin, welche gestern Abend eine stark besuchte Versammlung im „Grülaten“ abhielten. Zur Verhandlung stand die Frage: „Wie stellen wir uns zu der Erhöhung der Tagometerfabriken?“ Ein großer Teil der Redner erkannte die Notwendigkeit der Erhöhung der Mietpreise an. Es wurde in der Debatte von allen Seiten darauf hingewiesen, daß sich die Betriebskosten für die Droshken ungemein erhöht hätten. Preise für Pferdefutter, Stallungsmiete, Unkosten bei Stellmachern und Ladieren seien in letzter Zeit ganz enorm gestiegen, während die Durchschnittseinnahmen der Droshken zurückgegangen seien. Es wurde eine aus 10 Personen bestehende Kommission gewählt, welche sich mit den Tagometerfabriken in Verbindung setzen und wegen Erhöhung des Tarifs bei dem Polizeipräsidium vorstellig werden soll.

Bei der Straßenbahn hat gestern vormittag um 9 1/2 Uhr die landespolizeiliche Abnahme der Verlängerung der Linie Spittelmarkt-Friedrichsfelde bis zur dortigen Kirche stattgefunden. Die Eröffnung des Betriebs erfolgt Sonntagabend. Gleichfalls Sonntagabend erfolgt die Eröffnung des elektrischen Betriebs auf der Linie Charlottenstraße-Reinickendorf, die am Donnerstag abgenommen worden ist.

Eine beachtenswerte Neuerung tritt heute für den gesamten Verkehr in den Central-Markthallen ein. Entsprechend den Bestimmungen der jüngsten Gewerbeordnungsnovelle hat das Polizeipräsidium durch die Marktpolizei angeordnet, daß seit dem 1. Januar 1901 der Markt um 5 Uhr beginnt, während er bisher in den Wintermonaten um 4 Uhr begann. Für die Zufuhr von Waren ist die Groß-Markthalle schon von 4 Uhr ab geöffnet.

In der Berliner Stadtfersprecht-Einrichtung hat die Gesamtzahl der Sprechstellen bereits 50 000 überschritten. Wie die „Berl. Ver. Ztg.“ erzählt, belief sich nämlich schon Ende Oktober die Zahl der Hauptanschlüsse in Berlin auf 30 000 und die Zahl der Nebenanschlüsse auf 11 000. Inzwischen entwickelt sich das Fernsprecht-Netz der Reichshauptstadt, das jetzt schon etwa 100 000 Kilometer Leitungen umfaßt, maulgefetzt weiter.

Mit falschem und ausländischem Gelde wird gegenwärtig viel operiert, da der starke Verkehr in den Geschäften sowie an den Verkaufsstellen des Weihnachtsmarkts eine genauere Kontrolle und sorgfältigere Beobachtung der in Zahlung gegebenen Münzen verhindert. In falschen sind vorwiegend Ein- und Zweimarkstücke vorhanden. Ausländische Münzen und zwar österreichische Gulden, russische Silberrubel und französische Fünftfrankstücke werden als Ein- und Zweimarkstücke resp. Thaler in Zahlung gegeben, entsprechend ihren Größenverhältnissen, durch die sie dem deutschen Gelde vor allen Dingen ähneln. Ebenso werden vielfach 10- und 20-Frankstücke als deutsche Kronen resp. Doppelkronen verwendet. Schließlich sei auch noch auf vernickeltes Kupfergeld aufmerksam gemacht. Ein- und Zweimarkstücke, welche als Fünf- resp. Zehnpfennig in größerer Zahl im Verkehr sind.

Das Kunstgewerbe-Museum hat im oberen Vestibül eine Ausstellung von künstlerisch ausgestatteten Wächern und künstlerischen Entwürfen dafür eröffnet. Den größeren Teil bilden poetische und profaische Dichtwerke neuerer Dichter, die in verschiedenster Ausstattung und von der Hand bekannter Buchkünstler anziehend geschmückt sind. Zu den Zeichnungen von Künstlern wie J. B. Cissarz, Vogeler, Müller-Schönfeld, Ribus, Lechter, Engels, Kippisch u. a. sind die Drucktypen und die äußere Ausstattung der Wächer überall in Einklang gesetzt.

Die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Eisenbahn-Rückfahrkarten zur Weihnachtszeit besteht darin, daß alle am 18. Dezember und an den folgenden Tagen gelösten derartigen Karten mit sonst kürzerer Geltungsdauer zur Rückreise bis einschließlich dem 8. Januar 1901 berechtigt. Diese Vergünstigung erstreckt sich auf den Verkehr mit preussischen und den übrigen norddeutschen, sowie den österreichischen Bahnen, nicht aber mit süddeutschen Bahnen. Auf den letzteren haben die Rückfahrkarten nur die daselbst allgemein übliche Geltungsdauer von 10 Tagen.

Die Bronzewaren werden auch teurer. Wie Herr Gustav Willert, Obermeister der Goldschmied- und Silberarbeiter, kürzlich zum 1. Januar die Bronzewaren einen Aufschlag im Preise erfahren, da infolge der anhaltenden Preissteigerungen des Metalls und der andern Materialien, sowie auch der Löhne (!) die Vereinigung Berliner Metallgewerbetreibender in ihrer Versammlung vom 7. d. M. beschloffen hat, daß ihre Mitglieder, um bestehen zu können, die Verkaufspreise zu erhöhen gezwungen sind.

Polizeipräsident v. Windheim ist gestern vom Untersuchungsrichter Brandt, der bekanntlich das Verfahren gegen den Kommissar Thiel führt, vernommen worden. Wie verlautet, hat sich die Vernehmung auch auf die Untersuchung erstreckt, die zur Ermittlung jener zweiten Quelle eingeleitet ist, welche nach Thiels Verbindungen schneller und besser, als er es vermochte, Herrn Zuppa Einzelheiten aus der Untersuchung gegen Sternberg verschafft hatte.

Seinen Verletzungen erliegen ist der 47 Jahre alte russische Ernst Pohl aus der Langestr. 65, der am Sonntagabend um 6 1/2 Uhr auf der Straßenbahn verunglückte. Pohl hatte in Rixdorf einen Besuch gemacht und wollte dann mit einem Wagen der Linie Rixdorf-Dönhofsplatz nach der Reichenbergerstr. 58 fahren, um sein Pferd zu füttern. Als er vor dem Hause Nr. 56 vom Anhängewagen abstieg, setzte sich der Zug schon wieder in Bewegung. Pohl kam zu Fall und wurde ein Stück Wegs mitgeschleift. Schwer verletzt wurde er mit einer Droshke nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Dort starb er an den Folgen eines Schädelbruchs.

Zu der Angelegenheit des Betrugschwunders Gravenhorst wird weiter mitgeteilt, daß Fräulein v. D. einstweilen aus der Haft entlassen worden ist. Bei der Schöneberger Kriminalpolizei fanden gestern wiederum Vernehmungen statt. Fräulein D., bei der Gravenhorst wohnte, konnte zu dem Austritt mit dem Hebolder nichts beibringen. Ein Zufall wollte es, daß sie sich zu der Zeit, als dieser sich abspielte, gerade bei der Polizei befand, um gegen den Schwindler Anzeige zu erstatten. Gravenhorst hatte ihm nämlich gedroht, daß er sie erlösen werde, wenn sie ihm nicht Geld verschaffe. Der Schwindler, der noch nicht gefaßt ist, gab sich für den Erben eines Barons von Gravenhorst aus, der vor Jahren in Hamburg viel gebauet hat und seitdem verschwunden ist. Er hat bei seiner Flucht auch verschiedene Papiere zurückgelassen. Möglich ist jedoch, daß er auch noch andre besitzt.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche am Sonntag, 23. September, abends zwischen 11 und 12 Uhr, an der Ecke der Schloßstraße und des Kottbuser Damms den Sireit beobachtet haben, der sich zwischen einem Droshkenkutscher erster Klasse und einigen Fahrgästen abgespielt hat, werden gebeten, ihre Adresse im Vereinsbüro der Berliner Droshkenkutscher, Schloßstr. 58, abzugeben.

Feuerbericht. Gestern waren verschiedene Schaufensterbrände abzuschließen und zwar Dresdenerstraße 117, Alexanderstraße 22, Große Frankfurterstraße 141, Prinzen-Allee 10 und Weidenweg 63. In sämtlichen Fällen konnte das Feuer noch im Entzünden erstickt werden. Kleine Zimmerbrände erfolgten Bethanien-Allee 6, Mühlenstraße 133, Tegelerstraße 50 und Oppelnerstraße 16, während Stallschreiberstraße 57 Kisten und Körbe in einem Lagerraum eingeschert wurden.

Aus den Nachbarorten.

Rixdorf. Die Parteigenossinnen und Genossen werden auf die heute abend 8 1/2 Uhr im Apollo-Theater, Hermannstr. 48/49, stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Bericht über die Parteipublikation, Bericht des Vertrauensmanns und der Lokalkommission, 4. Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordneten-Ergebniswahl.

Ein Volkstheater will sich die Stadt Schöneberg zulegen. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten-Versammlung um Zustimmung zu folgendem Beschluß: „Die Stadtgemeinde ist im Prinzip nicht abgeneigt, einen Teil des Winterfeldplatzes von etwa 2000 Quadratmeter Grundfläche zum Bau eines Volkstheaters herzugeben, wenn ein leistungsfähiger Unternehmer sich verpflichtet, dort ein monumentales Theatergebäude für etwa eine Million Mark zu bauen und für Übergabe des Bauplatzes — bei einer Verpachtung auf 45 Jahre — eine Jahrespacht von 30 000 M. zu zahlen.“

Schöneberg. Einem gefährlichen Unglücksfall ist der 40 Jahre alte Schloffer J. Strakmann erlegen. Er war in der Mariendorfer Filiale der Fabrik von Groß u. Gerstel, Kreuzbergstr. 42, beschäftigt. Dort kam er durch Versehen der Transmissionspumpe, er wurde vom Riemen erfasst und mit so furchtbarem Gewalt um die Welle geschleudert, daß sein Kopf buchstäblich in Stücke zersplittert wurde. Ein Arbeitskollege, welcher ihn retten wollte, wurde ebenfalls von der Maschine ergriffen, kam aber, wenn auch mit schweren Verletzungen, so doch mit dem Leben davon und liegt im Krankenhaus daneben.

Aus Rixdorf. Einen grausigen Fund machten am Donnerstag nachmittags mehrere Personen in einer hiesigen Laubentloste. In einer Laube lag in einer Blutlache die Leiche des 32 Jahre alten Maurers Emil Schäfer aus der Falkstr. 21. Wie die Untersuchung ergab, hatte sich der Bauernworte durch mehrere Revolvererschüsse in die rechte Schläfe getötet. Die benachrichtigte Polizei ließ die Leiche nach der Leichenhalle schaffen. Das Motiv der That ist in Schwermut infolge eines unheilbaren Leidens zu suchen, welches Schäfer als Folge eines Baunfalls zurückzuführen hatte. — Als Laube die in wurde eine Frau Schmidt, geb. Waschm aus der Hermannstr. 51 entlarvt und festgenommen. Bei einer Hausdurchsuchung wurden in der Wohnung der Verhafteten eine ganze Anzahl Sachen vorgefunden, die vermutlich ebenfalls aus Ladendiebstählen herrühren. Da die Sch. augenscheinlich meist in Berliner Geschäften ihre Thätigkeit ausgeübt hat, so ist sie der Berliner Kriminalpolizei übergeben worden. — Vermißt wird seit ca. 8 Tagen der 35 Jahre alte Buchdrucker Anton Arnold, welcher Anekebedstr. 72 hirtelöst wohnt und in Berlin bei Sittenfeld in Arbeit stand. Die Frau, welche sich mit ihren Kindern in großer Notlage befindet, befürchtet, daß ihrem Manne ein Unglück zugefallen ist.

Theater.

oo. Die Tegersee. Wer seinen abgespannten Nerven eine Ruhepause gönnen will, soll ins Bellealliance-Theater gehen. Wohligen Behagen bereiten die Tegersee dort; all die bähliche Aufregung, die uns peimigt und die wir doch nicht entbehren wollen, machen sie für einige Stunden vergehen. Und die Wirkung ihrer Naturfrische ist dieselbe, ob sie erntet oder verquält mimen, ob sie schupplatteln oder — rauhen. Selbst Stiche, die sich ein bisschen ins salontrotterische oder in die Dorfgeschichtemanner verlieren, verberden nichts an den Wahren, deren gesunde Natur sozusagen dem Dichtwert zum Trotz ein Verfallen ins Gezierte gar nicht zuläßt. Durch sich selber sind die Tegersee etwas und nicht durch die von ihnen ausgeführten Bühnenwerke, die ja ohne die Dialektkünstler überhaupt nicht existieren würden. Darum wollen wir auch über den neuesten Schwan, der „Der Dorfbad“ heißt, nur wenig sagen. Der von Veni Glas mit possidlicher Komik dargestellte Geld ist der in kleinen Verhältnissen wohlbedachte Allerweltstee, zu dem Mensch und Vieh Vertrauen hat, nicht allein in Krankheitsfällen, sondern auch in andern Wöten des Lebens. Unter Aufbietung eines wunderbaren Latein legt der Herr Doktor dem Verletzten einen aufseimischen Verband an, fixiert die Infuzenzia anastasia, läßt die medizinische Fatalität in ihre Rechte treten und empfiehlt dem Kranken Schöning, damit sich nicht die Redaktion dazu schlage und er ein corpus da liegt er werde. Wir erfahren auch wie das junge Volk sich in Liebesdrängen beim Vater Rat holt und wie der alte Junggeselle am Ende gar selber an einem mehr energischen als schönen Weibsbild hängen bleibt.

Das alles geht vor sich untermischt mit Schupplatteln, Gesang und Zitherpiel, und wenn's zu Ende ist, sieht man am Ausgang lauter fröhliche Gesichter, die sich erst wieder in Falten verziehen, wenn die Elektrische dahergeheult kommt, und der Schaffner durch sein geschäftsmäßiges „bezieht meine Herrschaften“ uns daran erinnert, daß wir die Kultur der Großstadt immer noch in vollen Zügen genießen.

Versammlungen.

Die Möbelpolierer der Filiale Nord hielten am 10. d. Mts. ihre regelmäßige Versammlung ab. Ritsche hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die Religion und die organisierten Arbeiter“. Die Diskussion über den Vortrag war eine sehr lebhaft. Unter Verbandsangelegenheiten nahm Faustmann Stellung gegen das Vorgehen des Disfaler-Zwangsammlung den Arbeitern gegenüber und forderte die Anwesenden auf, sich auf einen eventuellen Kampf gefaßt zu machen. — Auf Antrag Gläsel und Genossen wird eine neue Parteifelle errichtet. Als Kassierer wurde Reinhold Knoll gewählt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 16. Dezember, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der 89. Gemeindegemeinde, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. „Freireligiöse Besetzung.“ — Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Chinesische Weisheit (Konfuzius).“ — Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metakorbetter (E. D. 29, Hamburg), Filiale Berlin 3. Sonnabend, den 15. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Bergener, Reichenbergerstr. 167. Filiale Berlin 4. Sonnabend, den 15. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Frau Wille, Andrastr. 28.

Tischlerverein, Reichstr. 15. Heute, Sonnabend, 8 1/2 Uhr, Generalversammlung. Wahl des Vorstands.

Die Mitglieder der Zentraltrauen- und Sterbefälle der Tischler, welche in den Orten Johannisdahl, Nieder- und Ober-Schöneweide wohnen, wollen sich am Sonntag, den 16. Dezember, vormittags pünktlich 10 Uhr, im Lokal von Franz (früher Strecker) in Nieder-Schöneweide, Grönanerstraße 5, einfinden behufs Gründung einer eignen Verwaltungsjahre.

Der provisorische Bevollmächtigte.

Vermischtes.

Eine neue Spur in Konitz? Dem „Berl. Tagebl.“ wird aus Konitz geschrieben: „Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Mehr als je sind Hoffnungen vorhanden, daß der graufige Mord seine Sühne findet. Bei der Behörde ist nämlich vor einigen Tagen von einer Person eine Anzeige gemacht worden, deren Verfolgung grabierende Momente gefördert hat, so daß in der That die Untersuchung in ein ganz neues Stadium getreten ist. Bei dem vorliegenden Verdacht gilt ein Totschlag als wahrscheinlich, ebenso wird als sicher hingestellt, daß eine Eifersuchtszene die graufige That gerechtfertigt hat. Im Interesse der streng geheim geführten Untersuchung kann nur so viel mitgeteilt werden, daß die Mordstelle in der Nähe des Konvits, also unmittelbar am Mühlsee gelegen ist. Wie schon angedeutet worden ist, hat die Kadaverwand die Handhabe zu der neuen Untersuchung gegeben.“

Schiffuntergang. Eine Meldung des „Konterschen Bureau“ aus Kanton besagt, daß in der Nähe von Hoku am Besitz ein Passagierdampfer untergegangen sei. Ein Mann soll über Bord gefallen sein, und als die Passagiere alle nach der

einen Seite des Schiffs hindrängten, sei dieses umgeschlagen. Von den 400 Passagieren seien über 200 ertrunken.

Aus Trefseborg, 18. Dezember, wird gemeldet: Das Kanonenboot „Svenskijund“ geht morgen früh von hier ab, um dem gestrandeten Dampfer „Evan“ Hilfe zu leisten.

Marktpreise von Berlin am 13. Dezember 1900

nach Ermittlungen des lgl. Postzollamts.

Ware	Einheit	Preis	Ware	Einheit	Preis
Weizen, gut	D.-Ctr.	14,40	Rettflocken, neue, D.-Ctr.	6.-	4.-
„ mittel	„	14,00	Rindfleisch, Keule 1 kg	1,60	1,20
„ gering	„	13,80	„ do. Bauch	1,30	1.-
Roggen, gut	„	13,80	Schweinefleisch	1,80	1,20
„ mittel	„	13,40	Ratfisch	1,80	1.-
„ gering	„	13,00	Hammelfleisch	1,60	0,90
†) Weizen, gut	15,40	14,70	Butter	2,80	2.-
„ mittel	14,60	13,90	Vier 60 Stück	5.-	3.-
„ gering	13,80	13,10	Karpfen 1 kg	2,20	1,20
†) Hafer, gut	16.-	15,20	Kaie	2,50	1,40
„ mittel	15,10	14,30	Gaude	2,50	1,20
„ gering	14,20	13,40	Bräute	1,80	1.-
Maiskroß	6,66	6,32	Barcke	1,60	0,80
Hou	7,20	6,50	Schleie	3.-	1,20
Erbsen	40.-	25.-	Heie	1,40	0,70
Speisebohnen	45.-	25.-	Kreife	12.-	2,50
Linien	70.-	30.-			

†) frei Wagon und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 14. Dezember. Auf dem heutigen Getreide- und Mehlmarkt machte sich Neigung zur Schwäche bemerkbar infolge des äußerst geringen Angebots von Ware und schwächerer amerikanischer Notierungen. Günstige argentinische Getreideberichte, sowie zunehmende Zusätze aus dem Inlande übten gleichfalls einen Druck aus. Lieferungspreise für Weizen gaben um 1 M. für Roggen um 0,60 M. nach. Hafer war vernachlässigt. Mehl wick auf Paris um 20 Pf. Der Voco Spiritus gab infolge der amtlichen Statistik, die große Bestände aufweist, um 20 Pf. nach und notierte 44,00 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. Ruppinerstr. 1. Wette. Starke hat keine Garnison und es könnte sich daher höchstens um eine vorübergehende Einquartierung handeln. D. S. 50. Handelt es sich bei der Münze, um deren Wert Sie an-

fragen, um portugiesische oder brasilianische Währung und um Reich oder Reich?

J. S. Wenden Sie sich an das Regiment, um zu erfahren, wohin der Mann abgegangen ist.

Schöneberg 216. 1000. Sonderausg. Fragen Sie Lehrer Bahnhöf bei der Direktion bezw. bei dem Postier nach.

Pantow 71. Ein Grad = 15 Meilen; das übrige erfahren Sie aus der Landkarte.

47 J. A. 1. Das kommt auf die näheren Umstände an. Die nächste juristische Sprechstunde am Montag, 7-9 Uhr. 2. 1000 Millionen 3. 55 Socialdemokratische Mitglieder des Reichstags.

Beritas. Bitte, Frage zu wiederholen.

Abonnet aus der Ackerstraße. Unterbreiten Sie diese Beschwerden zunächst Ihrer Organisation. Wenn diese Ihre Angaben nachprüft, sind wir zur Veröffentlichung bereit.

B. S. 19. An beiden Stellen wäre das Amtsgericht zur Urteilung der Genehmigung zur Auszahlung bedeutendlich zur Befreiung des Ehemanns zum Vormund zuständig. Adoptieren könnte der Mann das Kind zur Zeit nicht, wohl aber ihm seinen Namen geben. Die Kräfte hätten Sie also an das Vormundschaftsgericht zu richten. — W. S. Riggdorf, Reir.

H. S. 20. Sie sind zur Haftung verpflichtet. — C. S. 99. 1. Für die Verhaftungen, die Ihrer Frau auferlegt sind, haben Sie nach zutreffender — allerdings befristeter und vom Reichsgericht noch nicht entschiedener — Ansicht nicht zu haften. 2. Die notwendigen Kleidungsstücke, Wäsche, Betten, Handgerät usw. sind nicht pfändbar. 3. Sollte Ihr Eigentum wegen der Schulden Ihrer Frau gepfändet werden, so beantragen Sie Aufhebung der Pfändung beim Amtsgericht und erheben Interventionsklage. —

Witterungsübersicht vom 14. Dezember 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 0° C.	Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 0° C.
Eivlnenabr.	762	W	5	wolkig	7	Bayaranda	—	—	—	—	—
Hamburg	766	W	5	h. bed.	5	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	766	W	4	wolkig	6	Sort	767	W	4	wolkig	11
Frankf./R.	773	W	4	bed.	4	Herbeben	756	W	5	wolkig	8
München	773	W	—	wolkig	1	Paris	—	—	—	—	—
Wien	772	W	1	bed.	-1						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 15. Dezember 1900. Mild und zeitweise heiter, vorherrschend wolkig mit etwas Regen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Stiller's Schuhwaarenhaus

Jerusalemstr. 40, am Dönhofsplatz. & Potsdamerstr. 2, am Potsdamer Platz.

Schuhe und Stiefel gehören zu den nützlichsten Weihnachts-Geschenken!

Für den Weihnachtstisch

besonders geeignete Artikel sind in allen Abteilungen ausgelegt.

Haus- und Morgenschuhe

für Damen, Herren und Kinder in geschmackvollen Ausführungen aus verschiedenartigen Ledersorten und feinen Filzstoffen.

Billige Preise!

Filzschuhe * Filzpantoffel

Filz- und Tuchstiefel

für Damen und Herren

mit und ohne Lederbesatz für Haus- und Strassengebrauch.

Lederstiefel mit Wollfutter

für Damen, Herren und Kinder.

Gelegenheitskäufe!

Ein grosser Posten Damen-Knöpf- und Schnürstiefel aus ff. genarbtm Kalbleder **8 M.**

Ein grosser Posten Damen-Knöpf- und Schnürstiefel aus Ia Wildrossleder **6 M.**

Damen-Lederhaus-schuhe, braun oder schwarz, mit feinem Plüschfuss, Filzfutter, Lederabsatz **3 M.**

Damen-Tanzschuhe Kalblackleder **3 M.**

Billige dauerhafte Kinder-Knopf- u. Schnürstiefel.

Für grössere Weihnachts-Bescherungen von Behörden, Vereinen, Privaten liefert die Firma alljährlich zweckmässige Schuhwaren zu bedeutend ermässigten Preisen.

Morgen, Sonntag, bis 8 Uhr abends geöffnet.

Wilhelm Beyer, Große Frankfurterstraße 141

(Im Hause Julius Lindenbaum), Ecke Fruchtstraße.

Specialgeschäft für Damen-Kleiderstoffe.

Sammet- und Seidenwaren-, Blusen- und Jupons-Fabrik.

5% Rabatt!

Alle Waren sind im Preise ermässigt! Selten günstige Kaufgelegenheit!

Rabatt 5%!

[392L*]

Gold-Gottschalk.

Wem wäre das **Uhren- u. Goldwaren-Geschäft** von **Hermann Gottschalk**, Admiralstrasse 37, nicht bekannt? Reelle, geschmackvolle Ware, billigste Preise, stets freundliche Bedienung findet man dort. Wirklicher Fachmann. **Reparatur-Werkstatt im Hause.**

Orts-Frankenkasse
der Sattler u. verw. Gewerbe
zu Berlin.
Donnerstag, den 13. Dezember 1900
beruht das Mitglied
Gustav Weber
(Werkstelle von G o m m i t s c h).
Die Beerdigung findet Sonntag,
den 16. Dezember, nachmittags 3 Uhr,
von der Leichenhalle des Georgen-
Kirchhofs in Weidenfer, Köpcke-
str. 2745.

G. Hermann, Rentant.
Hiermit die traurige Mitteilung, daß
mein lieber Mann
Paul Kofer
nach langem, schweren Leiden am
30. Lebensjahre am 11. Dezember
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag,
den 16. d. M., nachmittags 3 Uhr,
von der Halle des Nichtenberger Kirchhofs,
am Krugsteig, aus statt. 15966
Die trauernde hinterbliebene Witwe
nebst Kindern, Eltern u. Geschwistern.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
und aufrichtiger Teilnahme, die mir
anlässlich des Hinscheidens meines
lieben Mannes zu teil geworden sind,
spreche ich allen Verwandten sowie
seiner Bekannten und den Herren Chefs der
Firma G. S. Hermann meinen tief-
gefühlten Dank aus. 15868
Berlin, 14. Dezember 1900.
Frau Bertha Künzel.

Berlin S.W.
Jul. Michow, 6. Friedrichstr. 6.
Erstes Geschäft v. Belle-Allianceplatz.

Auf meine, mit
Staatspreis, diversen
goldenen u. silbernen
Reifen aus
selbstgeschliffenen
Harzer Holz u. Kienholz
rollen mache ich auch
in diesem Jahre ganz
besonders aufmerk-
sam. Niederpreis.
Dampfkessel. Große
Auswahl g. sprechen-
der Braun- und Grün-
Papageien. In- und ausländische
Bögel. Alle Arten Vogelkäfige und
Aquarien. Spec.: Bestes doppelt
gereinigtes Vogelfutter. Solide Dreie,
sowie strengste Reellität des Geschäfts.

Für Vereine
zu Verlosungen u. Weihnachts-
bescherungen offeriere Galanterie-
rie, Spiel- und Lederwaren zu
Eurospreisen. 1424b
E. Loewick, Alte Jakobstr. 18/19.

Allen Freunden und Bekannten
empfehle mein **Wetz- und Bayerisch-
Bierkessel**, sowie meine beiden
Vereinshütten mit Klavier für 20
und 50 Personen. 67632
August Bieberstein,
Khalberstr. 61.

Riesen-Stofflager
Krausenstr. 14 I. Etage,
fertigt nach Mass unter
garantiertem Sitz:
Hochlegante Winterpelts für 30 M.
Hochlegante Anzüge für 30 M.
Hochfeine Bekleidungsstücke für 10-12 M.

Zum Weihnachtsfeste
macht man der Braut die größte Freude mit einem
Verlobungsring
wie ich solche in meiner Werkstatt selbst anfertige. 15906
R. Zippel, Goldarbeiter,
Ebenstr. 30.

E. Riek, Optiker, Weinbergsweg 15b,
zweites Geschäft vom Rosenthaler Thor.
(vorm. H. Richter.)
Bitte genau auf Firma zu achten,
um sich vor Nachteil zu schützen.

Neugold-Brillen
Pincenez
Rathenower
Neugold-Brillen
und **Pincenez**
von Gold nicht zu unter-
scheiden. M. 2,50
Nickel-Brillen, Pincenez " 1,-
do., feinste Qualität " 2,-
Rathenower Stahlbrillen " 1,-
Brillen u. Pincenez, echt
Gold double M. 5,-, 6,-, 7,-
do. echt Gold M. 8,-, 10,-, 12,-
bis zu den teuersten.
Alles mit besten Rathenower
Krystallgläsern versehen.
Fachgemäße Anpassung der
Augenlinsen. Sorgfältige Unter-
suchung der Augen
kostenlos!
Eigene Reparatur-
Werkstatt.
Lieferung für alle
Krankenkassen.

Operngläser
rein achromatisch, klein M. 6,-,
mittel 8,-, gross 10,-
do. in Perlmutter von M. 8,- an.
Spezialität
Opern- u. Reiseglas „Herkuless“
mit Leder-Etui und 2 Riemen
M. 10,-. Doppel-Fernglas „Mono-
pol“ M. 12,-, grosse Sorte M. 16,-.
Gediegene Auswahl in Barometern,
Thermometern, Reisszeugen,
Laterna magica u. dazu passenden
Extrabildern, Dampfmaschinen,
Lokomotiven und einzelnen Aus-
stattungsstücken.
Elektrische Lehrmittel,
Photographische Apparate
und alle Bedarfsartikel.

Cylinder-Hüte
kauft man am billigsten direkt in der Fabrik.
Chapeaux claque,
weiche und steife Filzhüte zu billigen Preisen
bei **Max Radtke, Krautstr. 50,**
an der Markthalle (kein Laden).

Achtung! Zimmerer. Achtung!
(Vertrauensmänner-Centralisation.)
Sonntag, den 16. Dezember 1900, vorm. 10 Uhr, bei Cohn, Beuthstr. 20, I (gr. Saal),
Mitglieder-Versammlung
des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Vereinsangelegenheiten. 1. Vortrag über: „Wann beginnt die wirtschaftliche Revolution?“ Referent
Genosse **A. Hoffmann.** 3. Diskussion. 4. Gewerkschaftliches.
Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber erwartet vollständiges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder.
Der Vorstand.



Uhren
verfälschte, in reicher Auswahl,
tadellos gefertigt, garantiert,
kolossal billig. 88/16
Doubleketten
beste Qualität, Gold auf Silber
in feinsten Ausführungen, bei
10jähriger Garantie.
Fahrräder,
verfälschte, jetzt andauernde
billig.
Leihhaus, Neue Schön-
hauserstr. 11.

Bitte machen Sie einen
Versuch mit
Gottmanns
Normal-Hut
Das Beste! Stück
Bis jetzt **2,90.**
Unerreichte!!
Gr. Frankfurterstr. 130
und 117.

Wollerei zu 14 Röhren
ist billig zu verkaufen. Näheres bei
F. Wepf, Stalingerstr. 6. 15732

Jeden Sonntag u. Silvester:
Fischverkauf Käsegasse 22. Hof.
Ebenso empfehle meinen Fischhand
Nr. 5 in der Central-Markthalle und
mein Fisch, Wild- und Geflügel-
Geschäft Panbörgerstr. 6, Laden.
386L*
A. Radecke.

MIKADO
Putzpomade, unstreitig das beste
Metall-Putzmittel der Gegenwart. [305L*]
Carl Sauber & Sohn, BERLIN,
Germania-Glanzwisch-Fabrik, Alexandrinenstrasse 58.

Verband des technischen
Bühnenpersonals.
Sonntag, den 15. Dezember, abends 11 Uhr,
Neue Poststr. 3.
Ausserordentliche
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Beratung des Statuten-Nachtrags. 2. Wahl des Centralvorstands.
3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreichem Besuch bittet
Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer.
Kollegen! Um Irrthümer zu vermeiden, teilen wir mit, daß in dem
Jahresbericht wieder die Namen der Mitglieder und wie viel Wochen-
beiträge dieselben bezahlt haben, verzeichnet wird. Beiträge der Strei-
kanten werden nur bei verzeichnet, welche 20 Markten a 50 Pf. bezahlt und
dafür Quittung erhalten haben.
Montag, den 17. Dezember, abends 7 Uhr, Blumenstr. 38,
Außerordentliche Vorstandssitzung.
Dabei auch Abrechnung von familiären Krankheitsfällen.
Versammlung
findet um 8 1/2 Uhr Androssstr. 26 statt.
Tages-Ordnung:
1. Die Einführung der Kontrollbücher von Seiten der Innungsmeister.
2. Wahl. 3. Verschiedenes und Entgegennahme von Beiträgen.
148/9
Der Vorstand.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und
-Arbeiterinnen Deutschlands. Zahlstelle
Berlin.
Sonntag, den 16. Dezember 1900, abends 5 1/2 Uhr, bei Raabe,
Kolbergerstr. Nr. 23:
Versammlung.
Tages-Ordnung: Vortrag des Fräulein Ida Altmann über: Er-
werbs- und Familienleben. 1845
Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein.
Um recht zahlreichem Besuch bittet
Die Ortsverwaltung.

Berein der Maschinen-, Geizer und Berufsgenossen
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 16. d. M., nachmittags 5 Uhr:
Versammlung
in Cohns Zehlfeld, Beuthstr. 20.
Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Hasdecker über: „Mittler-
Apparate.“ Bericht des Vergütungskomitees. Fortsetzung der Verhand-
lungen vom 18. November etc. 139/6
Der Vorstand.

J. Brünn
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt Nr. 4.
Billige
Weihnachts-Geschenke.
Nach beendeter Engpass-Saison gelangen nunmehr große
Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen!
Steppdecken! Portieren!
zu außergewöhnlich billigen Preisen zum
Ausverkauf!
Einzelne fehlerhafte Exemplare
für die Hälfte des Wertes.

Hüte
Trotz der kolossalen Steigerung in
der Hutfabrikation verlaufe noch
zu den alten Preisen. 155200*
Otto Gerholdt,
Dresdenerstr. No. 2,
Gde. Stalingerstr.
Großes Lager in Schirmen, Mützen, Krawatten.

Rote + Lose
Ziehung in Berlin vom 17.-21. Dezember 1900. (104/4*)
Haupttreffer: 100 000, 50 000 etc. Mk. bar.
Originallosse Mk. 3,50. Porto u. Liste 30 Pf. extra. Ausland 60 Pf.
Berlin W., Peter Loewe, Marburgerstr. 7.
Telegr.-Adr.: **Glückspeter** Berlin.

Geduldige Frau! Wollen Sie
Ihren Herrn Gemahl eine
hässliche Weihnachtsfreude
bereiten, so verlangen Sie unter
Einsendung des Betrags zur Probe
das nebenst. abgebildete Herren-
Portemonnaie Nr. 1483 aus Ia. Ia.
Nimbleber mit feinstem Nadeln-
und Schloß zu 2,50 Mk. gegen
Nachnahme 30 Pf. mehr. Nr. 1472
daselbst als Damen-Portemonnaie
2,55 Mk. Namen in Gold oder
Silber eingegraben, oder 2 Buch-
haben in das Schloß gravieren
(wie Zeichnung) 25 Pf. **Gebr. Hermes, Söhne, Solingen.**
Stahlwarenfabrik u. Verlags-Gesellschaft.
Verlangen Sie unsern großen Katalog über Stahl-, Feder-, optische
Waren, Messen, Werkzeuge, Haushaltungsgegenstände etc. 45/12*

Kufeke's
BESTE NAHRUNG FÜR
gesunde & darmkranke Kinder
Kindermehl.

Die schönsten Weihnachtsgeschenke
in
Uhren, Gold- und Silberwaren
kauft man am besten und billigsten bei
Siegfried Fenske,
Uhrmacher und Juwelier,
Berlin S.-Rixdorf, 96, Kottbuser Damm 96.
Werkstatt für Reparatur und Reparatur. 3892*

Wo ist die schönste Zugpartie? Durch den Grunewald nach
Pichelswerder zum alten Freund. [2119*]

Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben,
mit neuer moderner Sachen. [3202*]
prima Qualität 1,50 und 2,-.
Die beliebtesten Arbeitshüte immer
nach 1 Mk.
Hutfabrik-Comptoir Alexanderstr. 37.

Möbel und Polsterwaren. Franz Tutzauer,
Tischlermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.
Wo baden Sie? In der Bade-Anstalt Norden,
Lortzingstr. 33.
Dampf-, Heißluft-, Voltanin-, Wannen- u. sämtl. medizinische
Bäder. Montag u. Donnerstag: Dampf-Bäder für Damen den
ganzen Tag. Lieferant sämtl. Krankenkassen. 6789L*

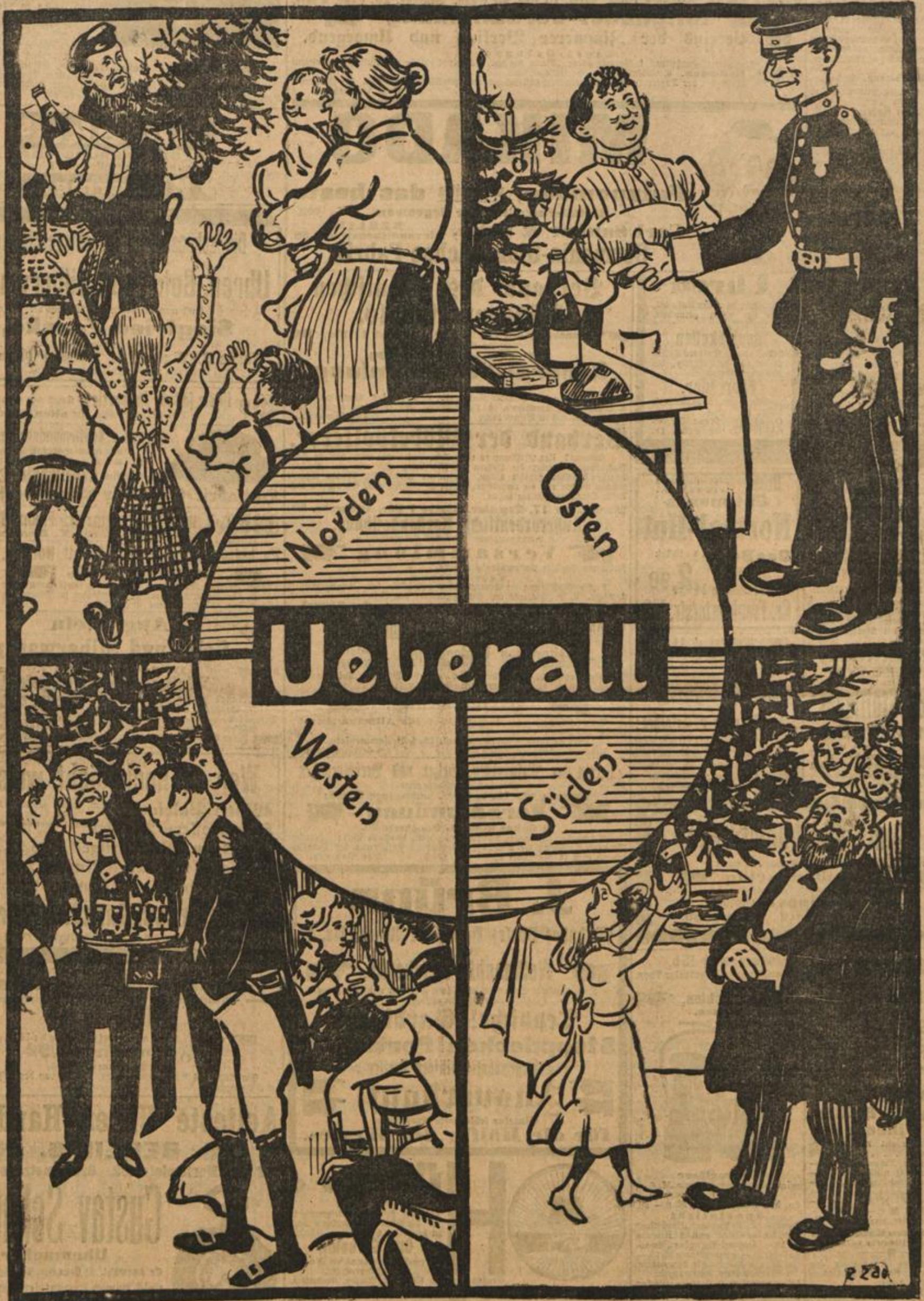
Aug. Stein
Gold- und Silberwaren
Berlin SO. 177 Oranienstrasse 177. Ecke Adalbertstr.
Weihnachts-Geschenke.
Lange Damen-Uhrketten, Herren-Uhrketten von 2 R. an.
Wentons, Groschen, Herzchen, Goldketten, Perlsch.
Trauringe, geschliffen gestempelt 900, 1 Dufaten 10 R., 2 Dufaten 20 R.
Vöfel, Aufbewahrung vom billigsten bis feinsten Genre.
Jeder Gegenstand ist mit deutlich lesbarem Preise ausgezeichnet. [2702*]

Wer es noch nicht weiss!
Winter-Paletots in blau, braun, schwarz 13, 15, 18,
21, 24 R.
Hohenzollern-Mäntel mit faltiger Pelzlinie 21, 23,
24, 30 R.
Jackett- u. Rockanzüge in schwarz und farbig 13,
15, 18, 21, 24 R.
Burschen u. Knaben-Anzüge in ansehnlicher
sch. bill. Preisen.
Schlafrocke von 8,50 R. an, Joppen mit warmem Futter
von 6 R. an.
Moritz Gross, Kastanien-Allee 42
Lieferant des Sparvereins „Norden“. [3842*]

Hutlager A. Rosenblum.
Billigsten in allen größeren Städten Deutschlands.
Mk. 3,45
englische und deutsche Fabrikate.
Friedrichstr. 91/92
und Spandauerbrücke 6.
Ein Bild aufs Schaufenster genügt, um sich von der Leistungsfähigkeit
zu überzeugen. 139/8*

Aelteste Uhren-Handlung
besteht seit 1856 **BERLIN S.** besteht seit 1860
152 am Moritzplatz 152, Oranienstrassen-Ecke
Gustav Scharnow
Uhrmacher. 3172*
Gr. Auswahl. 5j. Garantie. Vorzögl. Fabrikate.
Gold-Damen-Remontiruhren v. 15 M. an
Silberne Cylinder- do. " 10 "
Regulatoren, 14 Tage gehend, " 12 "
Das langj. Bestehen des Geschäfts bürgt für Lieferung reeller Waren.
Herren-Filzhüte
Weich, alle Farben. Stück Mk. 1,90
Steif, nur in schwarz. " 1,50
Nur moderne Façons und gute Qualitäten.
Allerbilligste Bezugsquelle [3542*]
Alfred Krug, Hutfabrik,
54, Brunnenstr. 54.

Weihnachten in Berlin



Halb und Halb Mampe mit Pomeranzen